

Tarantel

Nr. 68

März
I/2015

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



**Einschätzung der sieben Schwerpunkte der LINKEN
parlamentarischen Arbeit 2015**

Schwerpunktthema: Ernährung

Fleisch tötet nicht nur Tiere

Billiges Hähnchen - globale Folgen

Bücherecke

Wenn dieses Heft erscheint, ist es

- ▶ nicht einmal drei Monate her, dass sich über 30 000 Menschen in Berlin zu der bisher machtvollsten Demonstration für eine Agrarwende und gegen Massentierhaltung versammelt haben. Sie haben genug von Überdüngung und Monokulturen, Pestizideinsatz, immer neuen Versuchen gentechnisch modifiziertes Saatgut anzubauen, von Mega-Ställen, die durch weitere Fleisch-Überproduktion in Deutschland Dumping-Preise auf dem Weltmarkt schaffen und die Existenz von kleineren Erzeugern in anderen Ländern ruinieren, vom damit verbundenen Medikamenteneinsatz, der unsere Gesundheit durch resistente Keime gefährdet;
- ▶ nicht einmal einen Monat her, seit Brandenburgs Umwelt- und Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger mitteilte, auf die Einsetzung eines die Landesregierung beratenden Nachhaltigkeitsbeirats zu verzichten.
- ▶ Nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung für die Volksinitiative Brandenburg "Stoppt Massentierhaltung" mit knapp 34 000 Unterschriften wurden die Forderungen am 4.3.2015 wiederholt im parlamentarischen Ausschuss für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft behandelt. Die Volksinitiative fordert: Brandenburg soll nur noch artgerechte Tierhaltung fördern und das Abschneiden von Schnäbeln und Schwänzen in der Tierhaltung verbieten. Ein Verbandsklagerecht und die Stelle eines Tierschutzbeauftragten sollen den Tierschutz wirksam umsetzen. Zudem soll über Bundesratsinitiativen der Antibiotikaeinsatz stark eingeschränkt und Immissionsschutzgrenzwerte verschärft werden.
Bis auf Bündnis 90 / die Grünen haben alle Fraktionen dem Landtag empfohlen, die Volksinitiative abzulehnen.

Damit setzt die rot-rote Landesregierung nur konsequent ihren antiökologischen Kurs fort. Von der SPD, die den brandenburgischen Chef-Lobbyisten der (konventionellen) Landwirtschaft, den Präsidenten des Landesbauernverbandes Brandenburg e.V. und Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes Udo Folgart zu ihrem agrarpolitischen Sprecher gemacht hat, war wohl nichts anderes zu erwarten. Aber DIE LINKE? War der Verzicht auf das Umweltministerium – der Bereich wurde jetzt dem Landwirtschaftsminister zugeordnet – der Preis für die Aufnahme in die Regierung? Vor allem: Was kann sie bewirken? Was will sie? Auf die Menschen hören, die ihre Sorgen und Nöte vortragen oder weiterhin auf abstraktes Wirtschaftswachstum setzen? (siehe unser Schwerpunkt)

Wohin geht DIE LINKE? Auf diese Frage sollen während der Linken Woche der Zukunft (s. S. 13) Antworten gesucht werden. Das Programm ist inzwischen veröffentlicht (<http://www.die-linke.de/politik/aktionen/linke-woche-der-zukunft/programm/>). Inwieweit das Projekt tatsächlich „eine großartige Sache“ wird, wie Manfred (S. 13) meint, muss sich noch zeigen. Unter Ökologen wächst langsam die Erkenntnis, dass der Kapitalismus das Haupthindernis darstellt. Diese möglichen Bündnispartner werden aber von DER LINKEN insgesamt bisher ignoriert: „Man könnte uns ja mit den Grünen verwechseln.“

Dass die Bundestagsfraktion die ökologischen Probleme ausreichend beachtet, können wir jedenfalls nicht erkennen (siehe S. 4 und S. 21).

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, uns wieder bei unseren Spendern zu bedanken. Sie haben unser Budget um ca. 28 % erhöht. Vielen Dank und weiter so! Das gibt uns die Möglichkeit, weiterhin Flyer, Beiträge zur Umweltpolitik zu drucken und Konferenzen zu organisieren.

Die nächste Konferenz findet am 18.4.2015 wieder in Paaren im Glien statt. Sie beschäftigt sich mit den "Strompreislügen". Themen sind "Stromerzeugung aus Atom und Kohle – was sie uns und die Umwelt kostet."; "Wie mit der EEG-Umlage der Weiterbetrieb von Atom- und Braunkohle- Kraftwerken bezahlt wird."; "Was kassiert der Staat?"; "Wofür wird das Netzentgelt gezahlt?"; "Wie hoch sind die Strompreise für Private, KMU und Großbetriebe?"; "rechtliche Situation nach dem EnWG": "Welche politischen Forderungen stellt die LINKE auf dem Gebiet der Strompreispolitik?" (Programm, Anfahrt und Anmeldung unter <http://www.oekologische-plattform.de/?p=72450>).

Wir wünschen Euch eine spannende Lektüre

Bericht von der Sitzung des Koordinierungsrates

Bei der Sitzung des Koordinierungsrates an diesem letzten sonnigen Februartag fanden wieder interessante Diskussionen statt und für die weitere Arbeit der Plattform wurden wichtige Festlegungen getroffen. Erfreulich ist festzustellen, dass unter den Vertretern aus den Bundesländern nach langer Zeit wieder ein Mitstreiter aus Niedersachsen anwesend war.

Der Sprecherrat hatte zu dieser Sitzung Vertreter der Ende November 2014 gegründeten Umweltgewerkschaft eingeladen, um gemeinsam Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zu diskutieren. Diese Diskussion verlief sehr lebhaft, z.T. auch kontrovers, sodass am Ende noch keine konkreten Vorschläge für die Zusammenarbeit gemacht wurden. Beschlossen wurde mehrheitlich, – zwei Gegenstimmen und eine Enthaltung – dass eine Zusammenarbeit in Sachfragen nicht abgelehnt wird und konkrete Vorschläge dafür auf dem Bundestreffen im Juni vorzulegen sind.

Der Koordinierungsrat nahm eine Information über den erreichten Stand der Vorbereitung der Zukunftswoche der LINKEN entgegen. Der bisher bekannte Stand des Planes der Veranstaltungen bietet auch den ökologisch Engagierten in der Partei Ansatzpunkte, sich mit ihren Ideen in die Debatte einzubringen. Die Ökologische Plattform hätte sich dennoch eine stärkere ökologische Sichtweise schon in der Planung der Zukunftsdebatten der LINKEN gewünscht.

Der Koordinierungsrat bestätigte mit noch einigen Hinweisen ein Positionspapier der Plattform zu den sieben Schwerpunkten der Bundestagsfraktion für die parlamentarische Arbeit der LINKEN im Jahre 2015 (siehe Seite 4). In dem Positionspapier wird die geringe Berücksichtigung ökologischer Aufgaben in den Schwerpunkten kritisiert und auf die breite Aufgabenstellung auf ökologischem Gebiet im Wahlprogramm der LINKEN für die Bundestagswahl 2013 verwiesen. Es wurde festgelegt, das Papier neben der Veröffentlichung in der Tarantel und auf unserer Internetseite dem nd, der jungen Welt sowie allen Fraktionsmitgliedern der LINKEN zu übermitteln.

Zur Vorbereitung des Bundestreffens der Plattform am 20. und 21.6. in Lutherstadt Wittenberg wurden erste Vorschläge für die Tagesordnung unterbreitet und akzeptiert:

- ▶ Zur Arbeit der Plattform;
- ▶ Diskussion der Ergebnisse der Zukunftswoche und des Parteitages der LINKEN;
- ▶ Umweltsituation und -politik im Gastland Sachsen Anhalt;
- ▶ Beratung von Vorschlägen für die Zusammenarbeit mit der Umweltgewerkschaft.

Der Koordinierungsrat lädt auf diesem Wege alle Mitglieder der Plattform herzlich zum Bundestreffen ein. Beschlossen wurde, die in Sachsen Anhalt wohnenden MitstreiterInnen noch direkt anzuschreiben, um die Gelegenheit für eine mögliche Neubelebung der Arbeit der Plattform in Sachsen Anhalt zu nutzen.

Der Koordinierungsrat erhielt eine Information von Karsten Färber über die Neugründung einer Ökologische Plattform – Gruppe in Niedersachsen und ihre Vorstellungen für die Arbeit. Er bat darum, ihm die Verbindungen zu den Landesgruppen in den anderen Bundesländern zu benennen, um Kontakte für den Austausch von Erfahrungen aufnehmen zu können.

Wolfgang Borchardt, der kürzlich an einer Sitzung des Landesrates in Schleswig Holstein teilgenommen hatte, berichtete von diesem Treffen.

Abschließend wurde beschlossen, Bruno Kern von der Initiative Ökosozialismus zur Koordinierungsratssitzung im Herbst einzuladen, um über die Thesen der Initiative zum Thema Ökosozialismus oder Barbarei zu diskutieren (siehe S. 15).

Einschätzung der sieben Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit für DIE LINKE im Jahre 2015. Positionspapier

(Beschluss der Fraktion vom 20.1.2015)

Vorbemerkung:

Wir messen das Positionspapier der Fraktion am Bundestagswahlprogramm, weil darin die Ziele der LINKEN für die Dauer der Legislaturperiode des Bundestages festgelegt sind. Die „Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit“ müssten sich darin einbetten und Schritte zur Erreichung seiner Ziele sein. Ein weiterer Maßstab ist das Parteiprogramm, das die grundsätzlichen Ziele vorgibt.

Das Positionspapier folgt aber diesen nur zu einem sehr geringen Teil. Fast ausschließlich geht es um Forderungen zu graduellen Verbesserungen im täglichen Leben des benachteiligten Teils der Bevölkerung. Das ist keinesfalls falsch, aber damit werden keine grundsätzlichen Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaft (Parteiprogramm: „Wir kämpfen für einen Systemwechsel...“) erreicht. Eine systemkritische Position wird nur auf dem Gebiet der Banken und Finanzmärkte sichtbar und wenn es darum geht, „die Macht der großen Energiekonzerne zu brechen“. Doch dass die Fraktion „die Arbeit an unserem Projekt ‚Plan B´ für einen sozial-ökologischen Umbau“ nur „fortsetzen“ will, und keine Vorschläge zur sofortigen Umsetzung wenigstens von Teilen dieses Plans hat, ist ein entscheidender Mangel des Positionspapiers.

Die schwache Erwähnung von Aufgaben ökologischer Politik leistet der immer noch vorhandenen Meinung über die Nichtzuständigkeit der LINKEN für Ökologie Vorschub. Diese Meinung sollten wir nicht stützen, zumal sich DIE LINKE auch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 als „sozialistisch-ökologische Partei“ bezeichnet und dieses Wahlprogramm eine Fülle von ökologischen Aufgaben enthält, von denen es mehrere wert wären, zu Schwerpunktaufgaben erklärt und mit größerem Nachdruck vorangebracht zu werden.

Folgende wichtigen Ziele, deren Umsetzung unbedingt begonnen werden muss, sind im Positionspapier nicht enthalten:

1. Im Parteiprogramm wird „die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe“ kritisch eingeschätzt und die Forderung erhoben:

„**Reduktion des Verbrauchs fossiler Ressourcen um 90%**“. Dieses Programmziel ist auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen umsetzbar, indem eine Verlängerung der Garantiezeit, die Möglichkeit der Reparatur und bei Demontage am Ende der Lebenszeit der Produkte und Wiederverwendung der gewonnenen Materialien gesetzlich vorgeschrieben werden. Entsprechende Gesetzentwürfe wurden von Greenpeace bereits vorgelegt. Mit einer solchen politischen Kampagne könnten bis zu 50 % des heute eingesetzten Materials eingespart und der Materialverbrauch entsprechend verringert werden. Der Widerstand der Industrie würde das unsinnige Wachstumsstreben bloßstellen und die wahren Absichten der Industrie deutlich machen, mit Herstellung von Wegwerfartikeln den Warenabsatz zu erhöhen und ihren Profit zu steigern. Das kapitalistische System als Totengräber der Menschheit würde dann offensichtlich.

Die Ressourcenerschöpfung ist für die Bundestagsfraktion offenbar kein Problem.

2. Im Parteiprogramm ist dem **Klimaschutz und der Energiewende** ein ganzes Kapitel gewidmet. Im Wahlprogramm haben wir versprochen: „Wir wollen [...] ein Kohleausstiegsgesetz durchsetzen, [...]“. Der entsprechende Antrag wurde im Ausschuss für Wirtschaft und Energie abgelehnt. Damit scheint es jetzt zu den Akten gelegt. Im Parteiprogramm gehen die Forderungen viel weiter: „100 % Erneuerbare Energie“, „Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum“, „demokratische Kontrolle der Unternehmen“ und „gesetzliche Regelungen bei der Verbesserung der Energieeffizienz bei Elektrogeräten“. Das Wahlprogramm verspricht: „[...] sollen die Strom- und Wärmeversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien (im ersten Schritt Stromversorgung bis 2020 50 %, Wärmeversorgung auf 20 %) erfolgen.“ **Im Positionspapier fehlen dafür zumindest Ansätze.**

Die Forderungen im Positionspapier beschränken sich auf Beihilfen zu Energie-rechnungen (Sozialpaket), Entbindung der Mieter von Kosten für die energetische Gebäudesanierung und die Förderung von Stadtwerken und Energiegenossenschaften.

3. Im Wahlprogramm gibt es einen ganzen Abschnitt **„Mobilität für alle – mit weniger Verkehr: flexibel, ökologisch, barrierefrei, bezahlbar“**. Zu dieser Zielstellung ist im Positionspapier nichts enthalten. Es werden weder die Probleme der Deutschen Bahn (Verspätungen, Ausdünnung der Netze, Stuttgart 21, Infrastrukturausbau/Streckenelektrifizierung und Finanzierung, konkurrierendes Busfernnetz, usw.) angesprochen, noch der ÖPNV, der Flugverkehr, die Schifffahrt, die Pkw- oder Lkw-Fahrzeugflotte mit ihren ökologischen Problemen. Mobilität als „wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge“ (Programm), **spielt im Positionspapier keine Rolle**, ist aber mit Maut und Investitionsstruktur für den Verkehr ein durchaus aktuelles Thema in der Legislaturperiode. Vermisst werden eigene Vorschläge der Fraktion, wie die Loslösung von fossilen Kraftstoffen beim Verkehr schrittweise gelingen kann. Von der Industrie sind Lösungen zu fordern, wie die individuelle Mobilität mit Fahrzeugen, die nur noch 10 % der Masse der „Renn-Reise-Limousinen“ ausmachen und ohne Erdöl als Kraftstoffgrundlage auskommen, durch Neukonstruktionen gesichert werden kann.
4. Auch zur **„rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken und des Internets“** (Parteiprogramm) bzw. den **„demokratischen und sozialen Potenziale[n], die die digitale Revolution ermöglicht,“** (Wahlprogramm) hat das Positionspapier nichts zu bieten. Im Zeitalter der umfassenden Ausspähung aller Bürger durch den Überwachungsstaat und der Nutzung von persönlichen Daten für die „Kundenbetreuung“ durch Industrie und Handel hätte man erwartet, dass DIE LINKE hierzu ihren Standpunkt darlegt und diese Probleme als wesentlich einstuft. Dass mit der Realisierung des Projektes „Industrie 4.0“ eine weitere **massenhafte Entlassung** von Arbeitskräften einhergeht, **wird nicht einmal**

erwähnt, obwohl es dem Kernziel der LINKEN Politik diametral zuwider läuft. Ebenso wenig werden die Möglichkeiten des Cyberkriegs thematisiert, obwohl sich DIE LINKE als konsequente Friedenspartei versteht.

5. **„Unter den entfesselten kapitalistischen Bedingungen schlagen immer rascher und weitreichender Produktivkräfte in Destruktivkräfte um“** – steht im Parteiprogramm. Auch dieses Problem, obwohl aktuell, wird im Positionspapier ausgeblendet. Es geht hier nicht nur um Atomstrahlung durch AKW und Atommülllagerprobleme, sondern auch um die Schädigung der Gesundheit von Mensch und Tier durch die Nahrungsmittel-, Pharma- und Chemieindustrie und die industrielle Landwirtschaft. Die Menschheit wird von diesen Industrien dauerhaft geschädigt, in den Industrieländern flächendeckend, in den Entwicklungsländern örtlich, aber intensiv. **Diese gesamte Problematik, die im EU-Parlament eine Rolle spielt, wird von der LINKEN im Bundestag nicht als Schwerpunktproblem wahrgenommen.**
6. Die **„Zentralität der ökologischen Frage“** (Parteiprogramm) muss auch in den Schwerpunkten der politischen Arbeit der LINKEN im Bundestag zum Ausdruck kommen. Im Parteiprogramm wird festgestellt, dass wir von der Substanz zehren, dass Hunger und Unterernährung zunehmen, die Weltmeere überfischt werden, die Klimakatastrophe droht, dass sich die natürlichen Rohstoffe erschöpfen und die sich biologische Vielfalt beschleunigt verringert.
„Eine ökologische nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik“ (Programm).

Anscheinend hat die LINKE im Bundestag – so wie die anderen Parteien – nur ein Blickfeld bis zum Ende der Legislaturperiode, und die Gefährdung des Weiterbestandes der Menschheit durch das Wirken der kapitalistischen Ökonomie wird ausgeblendet.

Gerade auf diesem Gebiet hätte die Fraktion in der Opposition ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Grünen, die sich von einer Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse verabschiedet haben.

Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager Altmark“: CO₂-Verpressung bisher verhindert

Christfried Lenz und Frank Roßband

Um das Jahr 2008 errichtete Gaz de France bei Maxdorf (Altmarkkreis Salzwedel) für ca. 6 Millionen Euro eine Anlage zur unterirdischen Verpressung von CO₂. Es war beabsichtigt, in einem Pilotprojekt („CLEAN Altmark“) 100 000 t CO₂ in einer weitgehend ausgeförderten Erdgaslagerstätte zu verpressen, um es dort dauerhaft zu lagern. Gleichzeitig sollte das CO₂ aber auch für eine verstärkte Förderung der Restgasmengen („EGR“) sorgen. Das CO₂ sollte in Vattenfalls Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe in Spremberg aus den Rauchgasen abgeschieden und mit Lkws über eine Strecke von ca. 350 km in die Altmark transportiert werden. Dieses Projekt wurde wissenschaftlich begleitet vom Geoforschungszentrum Potsdam und mit Bundesfördermitteln unterstützt (ca. 15 Millionen Euro). Die 100 000 t CO₂ sollten der Auftakt sein für die Verpressung von 250 bis 500 Millionen t CO₂ in der westlichen Altmark.

Die Verantwortlichen des Projektes fühlten sich veranlasst zu einer Informationsveranstaltung in Winterfeld einzuladen, an der sich ca. 200 bis 300 Bürger beteiligten. Der Kern ihrer sogenannten Informationen bestand lediglich darin: CO₂ sei ein völlig harmloser Stoff („Schauen Sie doch einfach in Ihr Bierglas, Sie trinken das und es passiert Ihnen nichts!“) Folglich sei auch die unterirdische Verpressung von CO₂ eine harmlose Angelegenheit. Die zweite Information besagte, dass das Erdgas im Altmärkischen Erdgasfeld über Jahrmillionen sicher zurückgehalten wurde, folglich sei es unmöglich, dass das CO₂ entweichen könne.

Bürger aus Maxdorf und Umgebung fühlten sich bedroht durch zukünftig eventuell aus undichten Stellen austretendes CO₂ und der damit verbundenen Erstickungsgefahr. Sie verschafften sich sichere Informationen und trafen sich an einem Stammtisch zum Austausch. Es gelang ihnen, dass überregionale Medien darüber berichteten.

Im März 2010 gründete sich die Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager Altmark“ (BI) in Alten-

salzwedel. Sie fand heraus, dass die offiziellen Informationen über das „CLEAN Projekt“ falsch und unvollständig waren und lediglich den Zweck verfolgten, die Bevölkerung ruhig zu stellen. Uns wurde verschwiegen, dass entweichendes CO₂ schon bei 8% Luftanteil zum Erstickungstod führt. Geringe Mengen von Lebensmittel-CO₂ in Getränken können nicht verglichen werden mit den Auswirkungen der unterirdischen Verpressung von Millionen Tonnen CO₂ aus Kohlekraftwerken. Weiterhin wurde die BI darauf aufmerksam, dass die Deckschicht, die das Erdgas in der Vergangenheit zurückgehalten hatte, während der Erdgasförderung durch über 600 Bohrungen durchlöchert war und somit von der zugesicherten Dichtheit keine Rede sein konnte.

Diese Erkenntnisse wurden von der BI über ihre Website, durch Flugblätter, Plakate, Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen (über 10 000) der Bevölkerung nahe gebracht. Die regionale Presse erwies sich hierbei als wertvoller Unterstützer. Eine wirkungsvolle Idee war, eine Bohrlochkarte von der Altmark anzufertigen, die dann von der Altmarkzeitung auf der Seite 1 veröffentlicht wurde mit der Überschrift „Jeder Punkt ist eine Gefahr!“ Über 90% der Ärzte in der Altmark veröffentlichten namentlich eine Resolution gegen die CO₂-Verpressung. Sie wiesen darauf hin, dass im Fall eines CO₂-Austrittes ärztliche Hilfe nicht möglich ist.

Ein weiterer wichtiger Schritt in der regionalen Meinungsbildung fand im Stadtrat von Arendsee statt. Hier hatte die BI die Möglichkeit erhalten, zu Beginn einer Ratssitzung über die beabsichtigte CO₂-Verpressung zu informieren. In der anschließenden Diskussion sprachen sich sämtliche Ratsmitglieder gegen die CO₂-Verpressung aus und beauftragten den Bürgermeister, dies der Landesregierung mitzuteilen. Einige Zeit später brachte Landrat Ziche (CDU) des Altmarkkreises Salzwedel eine Resolution in den Kreistag ein, in der die CO₂-Verpressung in jeder Form, auch zu Forschungszwecken, abgelehnt wurde. Sie wurde bei einer Gegenstimme



CO₂-Verpressungsanlage Mahlsdorf-Maxdorf

und einer Enthaltung vom Kreistag verabschiedet. Die BI schlug sämtlichen Gemeinderäten im Landkreis vor, diese Resolution zu unterstützen, was dann auch erfolgte. Später sprach sich auch der Nachbarlandkreis Stendal mit einer Kreistagsresolution gegen die CO₂-Verpressung aus.

Nun wurde die BI auf der Landesebene aktiv. Im Landesentwicklungsplan (LEP) war ein Teil des Erdgasfeldes Altmark für die Verpressung von CO₂ vorgesehen. Die BI konnte die SPD-Fraktion (Regierungspartner) davon überzeugen, diesen Passus im LEP zu streichen. Nachdem auch Reiner Haseloff, damals Wirtschaftsminister, die Genehmigung der CO₂-Verpressung unter Hinweis auf ein fehlendes Bundesgesetz untersagte, musste das „CLEAN-Projekt“ auf den Hauptteil seines Vorhabens und auf einen Teil der Fördergelder verzichten.

Als im Sommer 2010 der Referentenentwurf für ein CCS-Bundesgesetz bekannt wurde, verlagerte sich der Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Bundesebene. Gemeinsam mit weiteren Bürgerinitiativen gegen die CO₂-Verpressung (aus Schleswig-Holstein, Brandenburg, Berlin) gingen wir gegen die Vorhaben der Bundesregierung vor. Die CCS-EU-Richtlinie eröffnete die Möglichkeit, dass ein Mitgliedsstaat die CO₂-Verpressung auf seinem Territorium verbietet. Dieser Sachverhalt wurde seitens der Regierungsmehrheit totgeschwiegen. Deshalb informierten die Blen die Bundestagsabgeordneten

mit E-Mails. Bei all ihren Aktivitäten wurden die Blen tatkräftig von der LINKEN Bundestagsfraktion unterstützt. Sie formulierte Kleine Anfragen und organisierte im Dezember 2010 eine Konferenz in Berlin, auf der sich Abgeordnete von Vertretern der Blen und den Wissenschaftlern Professor Fritz Scholz und Professor Rolf Kreibich informieren lassen konnten. Infolge dieser Konferenz verfasste die Bundestagsfraktion der LINKEN einen Entwurf für ein CCS-Verbotsgesetz. Dieser wurde bei Stimmenthaltung der Grünen von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Auf der gleichen Bundestagssitzung wurde der CCS-Gesetzesentwurf der Bundesregierung, der die CO₂-Verpressung zulässt, verabschiedet und in den Bundesrat überwiesen.

Die Monate bis zur Behandlung des Gesetzes im Bundesrat (23.9.2011) nutzten die Blen für die Verbreitung eines an den Bundesrat gerichteten Appells, worin dieser aufgefordert wurde, das CCS-Gesetz abzulehnen. Dieser Appell wurde von zahlreichen Firmen, Initiativen, Vereinen, Verbänden, politischen und kirchlichen Institutionen, Kommunalverwaltungen, Einzelpersonlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft und ausländischen Organisationen und Persönlichkeiten unterzeichnet. Sie repräsentierten etwa 200 000 Menschen. Da sich in allen potentiell betroffenen Bundesländern heftiger Widerstand regte, verweigerte der Bundesrat dem CCS-Gesetz die Zustimmung, was für die Blen ein bedeutender Zwischenerfolg war.

Aus den Ländern

Die Bundesregierung rief daraufhin den Vermittlungsausschuss an. Monatelang begleiteten die Blen dessen Sitzungen mit Mahnwachen und weiteren Aktionen. Zum Beispiel überreichte die BI aus Schleswig-Holstein jedem der 32 Mitglieder des Vermittlungsausschusses einen Leitzordner gefüllt mit Stellungnahmen diverser Körperschaften und Organisationen. Die einzige Bundestagsabgeordnete, die die Demonstranten aufsuchte und über den aktuellen Verhandlungsstand informierte, war Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE). In ihrer konsequenten Haltung gegen CCS ließ sie sich von der kohlefreundlichen brandenburgischen Landespolitik nicht im Geringsten beeinträchtigen.

Nach Aufnahme der vom Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Carstensen (CDU) verlangten Länderausstiegsklausel wurde das Gesetz verabschiedet. Weitere Änderungen am Gesetzestext gehen offenkundig auf das Wirken der Blen zurück: So wurde das Gesetzesziel "Klimaschutz" aus dem §1 entfernt und damit unfreiwillig zugestanden, dass das ganze Gesetz nur Kapitalinteressen dient.

Vor dem Inkrafttreten musste das Gesetz nun noch vom Bundespräsidenten unterzeichnet werden. Bevor dies geschah, machten die Blen ihn darauf aufmerksam, dass zahlreiche Gesetzesbestimmungen verfassungswidrig sein dürften (z.B. GG, die Artikel 11 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, 12 „Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit“, 20A „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die Lebensgrundlagen und die Tiere“, 14 „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig“).

In seiner Antwort widersprach das Bundespräsidialamt den von den Blen vorgebrachten Bedenken nicht und bat um Verständnis dafür, dass sich die Kompetenz des Bundespräsidenten nur auf den verfassungsgemäßen Entstehungsprozess eines Gesetzes erstreckt.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde die CO₂-Verpressung bereits vor Verabschiedung dieses Bundesgesetzes verboten. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen wurde sie aufgrund der Länderklausel ausgeschlossen, in Sachsen-Anhalt soll die Länderklausel laut Kabinettsbeschluss im Bedarfsfall ebenfalls angewendet werden.

In Deutschland ist eher nicht zu erwarten, dass im Zeitraum der Gültigkeit des CCS-Gesetzes bis Ende 2018 Verpressungsmaßnahmen stattfinden werden.

Auf der EU-Ebene wurde insbesondere vom Energiekommissar Oettinger die CCS-Technik politisch und finanziell unterstützt. Dennoch sind die meisten CCS-Projekte in Europa von der Industrie aufgegeben wurden. Lediglich in Großbritannien gibt es Kräfte, die CCS voranbringen wollen. Dem britischen EU-Abgeordneten Davies gelang es im Januar 2014, im EU-Parlament eine Resolution für die CCS-Technik mit großer Mehrheit durchzubringen.

Sein Hauptanliegen besteht neben der Forderung nach großzügigen Finanzmitteln darin, die Verantwortung und Haftung verfallter sog. „Speicher“ vom privaten Betreiber auf den Staat zu verlagern, der das Projekt genehmigt hat. Damit macht er selber deutlich, dass das durch undichte Speicher gegebene Risiko äußerst hoch einzuschätzen ist.

In letzter Zeit wurden die Blen auch gegen CETA und TTIP aktiv, weil wir in diesen Abkommen die Gefahr sehen, dass auch in Deutschland abweichend von der hier bestehenden Gesetzeslage, eine CO₂-Verpressung erzwungen werden könnte.

Die BI „Kein CO₂-Endlager Altmark“ hat von Anfang an hervorgehoben, dass sie nicht nur gegen etwas kämpft, sondern sich für positive Alternativen einsetzt.

Sie unterstützt die Energiewende, und ihre Aktivistinnen gründeten die BürgerEnergieAltmark eG, die mittlerweile eine PV-Freiflächenanlage mit 750 KW_{peak} auf einem Deponiegelände betreibt.

Um das bereits im Übermaß in der Atmosphäre befindliche CO₂ zu reduzieren, sehen wir in der Aufforstung die einzig sinnvolle naturgemäße Maßnahme. Nachdem das Holz z.B. als Baumaterial genutzt wurde, muss verhindert werden, dass der im Altholz gespeicherte Kohlenstoff als CO₂ freigesetzt wird und wieder in die Atmosphäre gelangt. Dies ist möglich, indem das Holz nach Vorschlägen von Professor Fritz Scholz unter Luftabschluss unterirdisch endgelagert wird. An dem ersten Schritt, der Aufforstung, hat sich unsere BI mit bisher 56 000 neu gepflanzten Bäumen beteiligt.

Treten Sie zurück

Sybilla Keitel ¹⁾

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Woidke,
sehr geehrter Herr Minister Vogelsänger
[beide Brandenburg]!

Ich spreche zu Ihnen als Mitglied der Bürgerinitiative Kontraindustrieschwein Haßleben und heute vor zigtausend Menschen, die aus allen Himmelsrichtungen nach Berlin gekommen sind.

Seit elf Jahren kämpfen wir nun schon gegen die drohende Schweinefabrik in der Uckermark. Im Jahre 2013 wurde Haßleben in Ihrer Verantwortung genehmigt, konnte aber Gott sei Dank noch nicht in Betrieb genommen werden, weil wir im Widerspruchsverfahren zu dieser Genehmigung sind. In dieser ist eine tierquälerische Haltung weiterhin zugelassen. Die schon geschädigte Natur darf weiter mit Stickstoff verseucht werden. Geradezu grob fahrlässig ist, dass es gar kein funktionierendes Brandschutzkonzept gibt: laut Fachgutachten können die Tiere nicht gerettet werden. Die Feuerwehr sagt, da schickt sie keinen rein.

Davon haben Sie sich überhaupt nicht beeindrucken lassen, auch nicht von 47.000 Menschen, deren Unterschriften gegen Haßleben Ihnen überreicht wurden, nicht von fast 35.000, die in einer Volksinitiative die Abkehr von der Massentierhaltung in Brandenburg fordern, und schon gar nicht von 800.000 Demonstranten, die von New York bis Sydney auf die Straße gingen, um das Klima vor den Folgen des wahnwitzigen Fleischkonsums zu retten. Schon wieder haben sich hier zigtausend Menschen versammelt. Alles nur Irrläufer? Wie verblendet müssen Sie sein, den weltweiten Widerstand gegen Massentierhaltung als »Irrweg« abzutun!

Und als ob all die verhöhnt werden sollten, die auch zu Tausenden in ganz Brandenburg auf die Straße gehen, genehmigen Sie nun bald wöchentlich eine Tierfabrik nach der andern: 67.000 Schweine in Tornitz am Spreewald,

80.000 Legehennen am Unteren Uckersee, lassen Naturschutzgebiete im Oderbruch wie auch in der Prignitz mit Hühnerfabriken zupflastern und geben Ihre Regierungs-Parole aus: Brandenburg braucht mehr Tierproduktion!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister: Wann endlich hören Sie auf die Bürger anstatt auf die Lobbyisten der Agrarindustrie? Wann begreifen auch Sie, dass Tiere keine Ware sind und Äcker nicht dazu da, vergiftet zu werden?

In 100 Jahren wird man unsere Zeit vermutlich als finstere Epoche bezeichnen, in der man Milchkühen ihre Kälber entrissen und sie zu Hochleistungsmaschinen gemacht hat, alltäglich Millionen Küken lebendig geschreddert wurden und neugeborene Ferkel an der Brüstung totgeschlagen. Als man Wildtiere durch Gülle, Kunstdünger und Vergiftung durch Pestizide ausrottete und die Honigbienen auch: ein einziger Horror. Wie seltsam skrupellos müssen Politiker sein, um so etwas als Kollateralschaden ihres Wirtschaftsmodells einzukalkulieren? Eines Wirtschaftsmodells, was Wasser, Luft und Boden ruiniert, aus vielfältiger Vegetation Maismonokulturen macht und schließlich alle kleinbäuerlichen Betriebe von der Landkarte fegt: zu Diensten von multinationalen Konzernen, die aus Menschen und Tieren Kapital pressen.

Kein Mensch kann doch die Sendungen noch aushalten, die alle paar Tage zeigen, was sich zum Beispiel in den Hochsicherheitstrakten der Tierfabriken für ein schier unerträgliches Elend abspielt. Erzählen Sie uns nicht, das seien Ausnahmen: nein, dieses furchtbare Verbrechen an wehrlosen Tieren ist leider Alltag. Sie werden nicht sagen können, dass Sie das nicht gewusst haben.

Immer mehr werden auch die globalen Folgen sichtbar: Es ist schlicht verantwortungslos, dass Sie die alarmierenden Warnungen vor der Klima-

¹⁾ Anlässlich der `Grünen Woche` demonstrierten am 17. Januar in Berlin über 30000 Menschen für eine umweltgerechte und nachhaltige Agrar- und Ernährungspolitik. Zahlreiche Umweltschutzorganisationen, Tierrechtsorganisationen, Globalisierungskritiker und Verbraucherschutzverbände hatten dazu aufgerufen. Angeführt von über 90 Traktoren der kleinbäuerlichen Vereinigungen zog die bunte und stimmungsvolle Großdemonstration in Berlin durch das Regierungsviertel zum Kanzleramt. Hier dazu die bewegende `Rede zum Rücktritt` von Sybilla Keitel, der Bürgerinitiative `Kontraindustrieschwein Haßleben` aus Brandenburg, dem größten `Saustall Deutschlands`. Diese macht die prekäre Umwelt- und Landwirtschaftspolitik der rot-roten Regierung in Brandenburg deutlich.

Schwerpunkt: Ernährung

katastrophe einfach nicht zur Kenntnis nehmen, im Gegenteil: dieses unselige System sogar noch ausbauen wollen und weiteren Investoren das Recht geben, die Natur zu plündern, die unsere Lebensgrundlage ist. Ich möchte einer solchen Zivilgesellschaft, die aus Geldgier den Planeten verwüstet, nicht angehören, und alle, die hier versammelt sind, wollen das auch nicht.

Bei Ihrer Regierung, das haben wir gemerkt, rennen wir gegen Beton. Also wird uns nichts anderes übrig bleiben, als noch sehr viel lauter und zorniger weiter zu kämpfen, bevor die Agrarindustrie mit ihren willigen Vollstreckern in Politik und Behörden unsere Wälder vergiftet hat, bis kein Vogel mehr singt. Bis die Menschen von harmlosen Infektionen dahingerafft werden, weil die Natur zurückschlägt mit nicht mehr beherrschbaren Keimen. Denn alles, was der

Mensch den Tieren antut, das tut er auch sich selbst an.

Herr Ministerpräsident Woidke, ich appelliere an Sie: Lesen Sie die Berichte, sehen Sie fern, bemühen Sie sich um Erkenntnis und kehren Sie um von Ihrem verhängnisvollen Kurs, denn er ist so töricht wie gefährlich! Herr Minister Vogel-sänger, Sie bitte ich von Herzen: Treten Sie zurück von dem Ressort Landwirtschaft und Umwelt – aus Respekt vor der Umwelt und ihren Geschöpfen! Von Ihnen hört man nichts als Phrasen, die in ihrer konstanten Wiederholung offenbaren, dass Sie davon nichts verstehen und auch nicht verstehen wollen. Auf dieser Position brauchen wir aber Leute, die das Ruder herumreißen, weil sie erkannt haben, dass ökologisches Handeln schlicht die Bedingung ist, wenn wir noch eine Zukunft haben wollen.

Fleisch tötet nicht nur die Tiere „Initiative Tierwohl“ - Schlachten zum Wohle der Tiere?

Pressemitteilung vom Kreisverband Gütersloh

Uschi Kappeler, Michael Pusch

Sorgen um die Zukunft ihrer Branche machen sich Wolfgang Ingold, Chef der Versmolder Firma Wiltmann und zugleich Präsident des Bundesverbandes der deutschen Fleischwarenindustrie, und Clemens Tönnies, größter Schlachter Deutschlands und neuerdings Chef des Versmolder Wurstproduzenten Nölke. Die 'Initiative Tierwohl' soll helfen.

Der Kreisverband DIE LINKE Gütersloh sieht für die Branche keine Zukunft.

„Was der Fleischbranche Sorgen bereitet, die zunehmend kritische Haltung der Verbraucher*innen und die wachsende Zahl der Menschen, die sich vegetarisch und vegan ernähren, sehen wir als positive Entwicklung“, so Uschi Kappeler, Sprecherin des Kreisverbandes DIE LINKE. „Die 'Initiative Tierwohl' will mehr Tageslicht, Luftzufuhr und Beschäftigungsmaterial für die Tiere. Ziel ist es, dem Verbraucher eine „tieregerechtere Fleischerzeugung“ vorzugaukeln. Das tierverachtende industrielle Produktionssystem wird aber beibehalten. Allein in Deutschland werden jährlich 1 Milliarde Landlebewesen für die Produktion von Fleisch getötet. Wenn es nach den Herren Ingold und Tönnies

geht, soll diese Zahl noch gesteigert werden, um mehr Fleisch zu exportieren. Fleisch tötet aber nicht nur die Tiere. Die gesundheitlichen Folgen des Fleischkonsums sind bekannt. Dazu kommen die wachsende Nitratbelastung unseres Wassers als Folge der Massentierhaltung und die Auswirkungen des Hormoneinsatzes in der Tiermast. Damit die Tiere den Krankheitsdruck und dauernden Stress überleben, werden Antibiotika verabreicht. Allein in Deutschland wurden 2013 über 1 400 Tonnen Antibiotika in der Tierindustrie eingesetzt. Darunter 13 Tonnen eines oft lebensrettenden Reserveantibiotikums. Dieser massive Einsatz trägt bei zu Resistenzen mit oft tödlichen Folgen.“

Michael Pusch, Sprecher des Kreisverbandes: „Mörderisch sind auch die globalen Auswirkungen. Mit der Fleischproduktion wächst der Hunger. 90 % der weltweiten Sojaernte und mehr als die Hälfte des angebauten Getreides werden von Schlachttieren und Milchkühen gefressen. Für die Erzeugung von einem Kilogramm Rindfleisch werden 15 000 Liter Wasser verbraucht. Zwei Milliarden Menschen haben weltweit keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Jährlich

werden rund 325 000 Quadratkilometer Regenwald unwiederbringlich zerstört um Platz für Tierzucht und Futtermittelanbau zu schaffen. Die Fleisch- und Milchproduktion ist für mehr Treibhausgasemissionen verantwortlich als der gesamte globale Verkehr. Hunger und Wassermangel werden dadurch verstärkt. Jean Ziegler, schweizerischer Soziologe, Politiker und Autor stellt dazu fest: 'Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heißt, ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet!'

Gern wird auf die Verantwortung der Verbraucher*innen hingewiesen. Doch davon zu reden und zugleich zu sinkenden Löhnen, Hartz IV und Armut in Deutschland zu schweigen, ist zynisch.

Nachhaltiges Kaufverhalten, das regional, saisonal und ökologisch ausgerichtet ist, bedingt soziale Gerechtigkeit. Aber auch das ist für die Fleischbranche ein Fremdwort. Erinnerung sei an die Tausende im Kreis Gütersloh zu den Bedingungen von Leiharbeit und Werksverträgen schuftenden Menschen. Wem das Wohl der Tiere, die Gesundheit der Verbraucher*innen, der Erhalt der Umwelt und soziale Gerechtigkeit wichtig sind, der kommt zu dem Schluss, dass die Fleischproduktion in der heutigen Form keine Zukunft hat. Es ist also Zeit sich über eine Konversion, eine Umstellung der Produktion, Gedanken zu machen um Arbeitsplätze zu erhalten.

Billiges Hähnchen - globale Folgen

Hilde M. Hartmann

Die Erde könnte genug Nahrung für alle haben. Soja z. B. enthält alle essentiellen Aminosäuren, die unser menschlicher Körper nicht bildet, und kann direkt als Nahrung dienen. Doch nur 2% des Soja werden von Menschen gegessen. (1) Der Rest wird nach langen, Energie verschlingenden Transporten an Hähnchen und Hühner, Puten, Schweine, Rinder und Fische in Industrieländern verfüttert. Diese wachsen in Höchstgeschwindigkeit zur Schlachtreife. Anfangs kam das Sojafutter aus den USA, dann immer mehr aus Südamerika. Jahr für Jahr fressen sich die Felder tiefer in den Regenwald. Die Böden werden schnell ausgelaugt.

In Brasilien, Argentinien, Paraguay, Bolivien und Uruguay verdrängen Soja-Monokulturen die traditionellen Agrarsysteme und mit ihnen Millionen kleiner und mittlerer Bauern, die sich und die Umgebung versorgt haben. (1) Menschen streben verarmt in Städte, die immer größer werden.

Soja ist weltweit die erste Pflanze, von der mehr gentechnisch veränderte als herkömmliche Sorten angebaut werden. Dabei wird das Totalherbizid Roundup (chemisch Glyphosat) gespritzt, so dass nichts mehr wächst außer den Gensojapflanzen. In den ersten drei Jahren der kommerziellen Gentechnik-Nutzung (1996-1998) erbrachte die Gentechnik tatsächlich Einsparungen, aber schon 2001-2003 wurden zusätzliche 108 Millionen Euro für Pestizide auf

Gentechnik-Äckern bezahlt. Die Ursache sind Superunkräuter, die gegen Roundup resistent wurden – es müssen mehrere Gifte gespritzt werden. (2)

Gensojafelder, die insgesamt schon die Größe der EU haben, wuchern in ganz Südamerika. Die Bauern sind eingekreist. Bauer Geronimo aus Paraguay berichtete in seinem Dokumentarfilm „Raising Resistance“, der 2012 in Kinos kam, dass von den Nachbarfeldern eines Großkonzerns das Totalherbizid Roundup herübergeweht wird und beinahe 50 % seiner Ernte vernichtet hat. In Paraguays Hauptstadt wurde ein Aufstand demonstrierender Bauern vor den Augen des Filmteams blutig niedergeschlagen. (3) Aus Ländern wie Argentinien und Paraguay, in denen RoundupReady (RR-)Sojabohnen auf Millionen von Hektar angebaut werden, sind zunehmend Fälle von Fehlgeburten und Fehlbildungen wie Mikrozephalie (kleiner Kopf) und Anenzephalie (Fehlen von Kopfbereichen) bei Neugeborenen gemeldet – und dies vornehmlich bei Familien, die nahe der RR-Sojafelder leben, die regelmäßig mit Glyphosat (und evtl. anderen Pestiziden) bespritzt werden. Parallel zur Ausweitung der Agrarflächen und vermehrtem Einsatz von Agrarchemikalien soll sich die Fehlbildungsrate bei Neugeborenen von 2000 bis 2009 nahezu vervierfacht, die Krebsrate bei Kindern verdreifacht haben. (4)

Schwerpunkt: Ernährung

Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung wurde unter den 6000 Einwohnern in dem Dorf Ituzaingó Anexo 41-mal so viel Krebs diagnostiziert wie im argentinischen Durchschnitt. Da das Dorf in der Nähe von Feldern liegt, die durch Agrarflugzeuge mit Pflanzenschutzmitteln behandelt wurden, vermuten Anwohner und Umweltgruppen wie Sofia Gatica die Ursache unter anderem bei Glyphosat. 2012 wurden ein Pilot und zwei Sojaproduzenten von einem Gericht für schuldig befunden, in der Nähe von Wohngebieten um Cordoba Glyphosat und Endosulfan versprüht zu haben. In zwei Fällen hat die amerikanische Umweltbehörde EPA Labors der bewussten Fälschung von Testergebnissen überführt, die unter anderem von Monsanto mit Glyphosatstudien beauftragt waren. (Wikipedia, 30.12.14)

Die EU zeigte sich bisher lahm gegen die globale Futtermittel- und Fleischmafia, die unter unwürdigen Bedingungen Billigfleisch produziert. Währenddessen sind hierdurch die Welternährung und Gesundheit, Bodenfruchtbarkeit, Wasser, Artenvielfalt und Klimaschutz bedroht wie nie zuvor. (1) Lobbyverflechtungen in der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) nehmen kein Ende. Der Report „Unhappy Meal“ der Lobby-Kontrollorganisation CEO weist dies für 122 der 209 EFSA-Experten nach. (5)

Während immer mehr Gensoja-Futter importiert wird, kam hier der Anbau heimischer Leguminosen wie z.B. Luzerne, Lupinen, Futtererbsen und -bohnen zum Erliegen. Für den Bioanbau sind diese Leguminosen in der Fruchtfolge unentbehrlich. Sie ersetzen synthetischen Mineraldünger, der nur unter sehr hohem Energieverbrauch hergestellt werden kann und Lachgas entstehen lässt. Lachgas ist 300 mal treibhausintensiver als CO₂. Stickstoff-Fixierung durch Leguminosen dagegen könnte den Treibhauseffekt um fast zwei Drittel reduzieren und die Bodengesundheit erhöhen. Der Rat der Europäischen Union forderte in der letzten Legislaturperiode, Eiweißpflanzen wie die Leguminosen wieder in der EU heimisch zu machen. Roundup, das Spritzmittel der Gentechnik dagegen, erhöht den Befall durch Wurzelpilze (Fusarium) und behindert die Ansammlung von Knöllchenbakterien. (1)

In der Odysso-Sendung vom 12.04.12 zeigte man, dass bei uns v.a. Hähnchenbrust und Schenkel gegessen werden, allenfalls noch Flügel. Die Reste gehen als gefrorene Blocks z.B. nach Afrika. Dort versuchen Marktfrauen ohne Hilfsmittel und Hygienemöglichkeiten die großen Eisblöcke mit bloßen Händen an harten Gegenständen zu zerschlagen, um kleine Stücke zu verkaufen. Die fallen oft beim Abbrechen auf die Straße, werden aber weiter verwendet. **Die große Hitze und häufige Stromausfälle machen es fast unmöglich, das Fleisch ununterbrochen zu kühlen.** Derweil werden heimische afrikanische Hühnerzüchter arbeitslos, weil unsere Reste so billig angeboten werden. **Wegen eines Handelsabkommens sind die Importe zollfrei. Neun von zehn Hühnerfarmern in Ghana haben bereits aufgegeben (6), nur Kamerun reagierte 2010 mit einem Importverbot. (7) Die nun geplante Abschaffung der Subventionen für Lebensmittelexporte kommt in vielen Ländern Afrikas zu spät. Deutsche Schlachthöfe steigerten ihre Exporte seit 2010 um 625 Prozent – und die Branche in Südafrika steht vor dem Kollaps. Da jetzt keine Konkurrenz mehr droht, können die Hersteller die Preise wieder anheben – die Gewinne werden üppiger.** (8)

Auch die Hähnchen leiden: In einem Film von Tim Mälzer wurde über offensichtliche Schmerzen bei Hähnchen aus der Massenzucht berichtet: Obwohl die (abhängig beschäftigten) Veterinäre Gesundheit attestierten, setzten sich die kaum 30 Tage alten Hähnchen alle paar Schritte hin. Man glaubte, es sei wegen des stark entwickelten Brustfleisches. Doch als ein Verhaltensforscher einigen Tieren Schmerzmittel ins Futter gab, hielten sie sich länger auf den Beinen!

Unser billiges Hähnchen und anderes Fleisch aus unserer teils makabren, **hoch subventionierten** Massentierhaltung haben also eine Menge mit globalen Fehlentwicklungen zu tun, die Hunger und Leid auf der Welt vergrößern. **Nach Recherchen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sind in Deutschland in den Jahren 2008 und 2009 jeweils über eine Milliarde Euro an Agrarsubventionen in die industrielle Massentierhaltung von Schweinen und Geflügel geflossen.**

Schwerpunkt: Ernährung / Gesellschaftsperspektive

Obwohl bzw. gerade weil wir hier im Vergleich zu den 1950er Jahren ein Vielfaches an Fleisch auf dem Teller haben, ist unsere Gesundheit schlechter geworden. Sogar Schulkantinen bieten nach neuesten Untersuchungen oft zu viel Fleisch und zu wenig Gemüse an, weil das z.T. billiger ist,

meldete kürzlich unsere Tageszeitung.

Nur eine Wende zu gesünderer Nahrung in den Industrieländern bremst auch die beschriebene weltweite Negativspirale. Und: Weniger Fleisch essen ist hierzulande im Allgemeinen inzwischen schon ein Schritt zu mehr Gesundheit.

Quellen:

- (1) Benedikt Haerlin, arbeitete am Weltagrarbericht mit: www.tinyurl.com/sojawahn
www.meine-Landwirtschaft.de , www.tinyurl.com/leguminosen
- (2) http://www.greenpeace-aachen.de/archiv/gentechnik/gentechnik_weltweit.php
- (3) Saarbrücker Zeitung 11.04.2012, „Ein Campesino kämpft für Gerechtigkeit“, über den Dokumentarfilm „Raising resistance“ (Mai 2012 in Kinos)
- (4) Martha Mertens: Glyphosat und Agrogentechnik. Naturschutzbund, 2011;
https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/studien/nabu-glyphosat-agrogentechnik_fin.pdf
- (5) <http://netzfrauen.org/2013/11/22/unfassbar-efsa-monsanto-ist-sicher-lobbyverflechtungen-der-efsa/>
- (6) <http://www.3sat.de/page/?source=/nano/astuecke/122605/index.html>
- (7) <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/lebensmittel-toedliche-tomaten-und-billige-haehnchen-1.218502>
- (8) <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/agrarsubventionen-der-eu-werden-viel-zu-spaet-abgeschafft-a-944019.html>
- (9) <http://www.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/eine-milliarde-eurosubventionen-pro-jahr-fuer-industrielle-gefluegel-und-schweineproduktion-bund/>

Was erwarte ich von der Zukunftswoche der LINKEN?

Manfred Wolf

Es ist eine großartige Sache, dass sich unsere Partei zu diesem Projekt entschlossen hat. Eigentlich ist DIE LINKE die Partei in Deutschland, die Zukunft ständig im Blick haben muss. Denn, um diesen Begriff auch einmal zu bemühen, Zukunft ist eines der wichtigsten Alleinstellungsmerkmale der LINKEN in Deutschland wie auch aller linken Parteien weltweit. Alle anderen Parteien sind mehr oder weniger nur die Verwalter der für das große Kapital geeignetsten gesellschaftlichen Verhältnisse ohne Visionen und den Willen für eine Änderung. Aufgabe linker Parteien ist es hingegen, stets Visionen für die Zukunft zu haben und an deren Umsetzung zu arbeiten, um die Lage aller Menschen und der uns umgebenden Natur zu verbessern.

Die LINKE hat vor mehr als zwei Jahren mit ihrem „Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-



ökologischen Umbau“ bereits einen ersten Vorschlag für die Entwicklung in die Zukunft unterbreitet und zum Mitdenken aufgerufen. Die Zukunftswoche im April soll und wird, so hoffe ich, die Dimension dafür noch erweitern und vertiefen.

Natürlich legt DIE LINKE keinen Planentwurf vor, der von den Teilnehmern zu beraten und zu be-

stätigen oder zu verwerfen wäre. Das kann und will sie auch nicht. Es geht ihr um eine Einladung an alle zur tiefgründigen Debatte darüber, wie unsere Gesellschaft aussieht, wie sie im Interesse aller Menschen und der uns umgebenden Natur verändert werden muss, wer die Kräfte für Veränderung sind, welches die Ansatzpunkte und die ersten zu gehenden Schritte.

Diese sind wichtig. Im Brief der Vorsitzenden vom 22. Oktober 2014 steht der Satz: „Die Zukunft beginnt heute.“ Das heißt, wir sollten schon mit den ersten Schritten, mit der Politik, die wir heute für den Einstieg in die Zukunft machen, die richtige Richtung einschlagen. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, bei allen zu planenden und zu gehenden Schritten

Wir sollten schon mit den ersten Schritten, mit der Politik, die wir heute für den Einstieg in die Zukunft machen, die richtige Richtung einschlagen.

darauf zu achten, dass unsere natürliche Umwelt nicht noch weiter beschädigt wird. Denn es ist sinnlos, über die Gestaltung der Zukunft zu sprechen, wenn wir diese Beschädigungen weiter zulassen wollen.

Es kommt daher darauf an, dass möglichst viele ökologisch Engagierte aus der Fraktion, aus der BAG Umwelt, Energie, Verkehr und aus der Ökologischen Plattform an der Zukunftswoche teilnehmen und in den Diskussionsrunden bei allen Themen die Aspekte der Ökologie als tragend und bestimmend für den „ökologischen, demokratischen, lustvollen Sozialismus“ der Zukunft benennen.

Was kann eine so umfangreiche Unternehmung bringen und worauf sollte es uns als Ökologen ankommen?

Ich glaube, dass die für die Zukunftswoche vorgesehenen Diskussions-Achsen nahezu bei allen Themen deutlich machen: Eine moderne Zukunftsplanung, wie sie der Zustand der Welt heute erfordert, ginge ohne die tragende Einbeziehung umweltpolitischer Aspekte an ihrem Auftrag vorbei.

► Wenn wir von der Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit sprechen, sollte darüber nachge-

dacht werden, wie diese Arbeit organisiert werden soll. Die Menschengemeinschaft muss arbeiten, um ein schönes Leben für jedermann zu organisieren, nicht dafür, dass einige Wenige immer mehr Reichtümer anhäufen. Daraus ergibt sich die Frage, was die Gesellschaft dazu benötigt. Und sofort sind wir auch bei einer unserer Grundfragen, nämlich des Energie- und Ressourcenverbrauchs, verantwortlich für die Belastung unserer Umwelt.

- Wenn wir von materieller Gleichheit und Umverteilung sprechen, erkennen wir sofort, dass Gleichheit eine wichtige Voraussetzung für die Reduzierung des Verbrauchs materieller Güter ist. Denn bei Gleichheit aller muss es keinen Wettlauf der Mitglieder der Gesellschaft um Statussymbole mehr geben.
- Bei der Daseinsvorsorge geht es vor allem um die Zuständigkeit der ganzen Gesellschaft. Sie darf Einzelnen nicht als Feld für Profitmaximierung überlassen werden. Alle Bereiche dieser Vorsorge gehören in öffentliche und genossenschaftliche Hand. Profitmachen auszuschalten bedeutet, dass die Bedürfnisse der Natur, und damit die des Menschen, am besten beachtet werden können.
- Schließlich bietet der Komplex Produktion der Zukunft, Plan B, Wachstum versus Lebensqualität breiten Raum für den Gedankenaustausch darüber, wie wir uns die Zukunft unserer Gesellschaft vorstellen und wie wir dahin gelangen könnten.

Wir wissen, dass von der Umweltwoche auch Impulse dafür erwartet werden, wie sich die Partei DIE LINKE weiter entwickeln kann und soll. Eine Weiterentwicklung muss und wird, so hoffen wir, das Profil der Partei in verschiedene Richtungen weiter ausprägen. Das ist auch notwendig, damit sie für die Menschen, die auch unsere Wähler sein sollen, wieder interessanter wird. Wir als Ökologen verbinden damit auch die Erwartung, dass das Ökologische in der Politik der LINKEN noch stärker zum Vorschein kommt, damit die Bürger sie auch tatsächlich als „ökologisch-sozialistische Partei“ ansehen, die sie laut Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 sein will.

Lasst uns in diesem Sinne alle mit unseren Ideen an den Debatten der Zukunftswoche teilnehmen!

Ökosozialismus oder Barbarei — Thesen

Bruno Kern

1. Die Geschichte des Kapitalismus war immer schon die Geschichte seiner Krisen. Es liegt in seiner selbstwidersprüchlichen Natur, dass er aus sich heraus Krisen gebiert und seine eigenen Verwertungsbedingungen untergräbt. Der Kapitalismus hat sich bislang immer als flexibel genug erwiesen, dass diese Krisen – ungeachtet des hohen Preises, den Mensch und Natur zu zahlen hatten – noch nicht in seinen Untergang führten. Nun aber steht der Kapitalismus weltweit zum ersten Mal vor einer unüberwindlichen Schranke, die ihm „von außen“ gesetzt, geologisch-physikalischer Natur und deshalb endgültig ist: vor den Grenzen des Wachstums durch Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und durch die Erschöpfung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde. Aus dieser „Zangenriffkrise“ kann er nicht enttrinnen.

2. Die letzte Ursache der aktuellen Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise ist eben dieses ans Ende gekommene Wachstum. Das Finanzsystem insgesamt ruht auf der Grundlage von steter Wachstumserwartung. Sobald sichtbar wird, dass diese Wachstumserwartung nicht mehr erfüllt werden kann, gerät es notgedrungen ins Wanken. Die herkömmlichen Krisentheorien (marxistischer, schumpeterianischer oder keynesianistischer Provenienz) reichen zur Erklärung nicht mehr aus, und auch ihre Rezepte greifen nicht mehr. Wer zum Beispiel als Alternative zur herrschenden Austeritätspolitik die gegenwärtige Verschuldungskrise durch keynesianistische Konjunkturbelebung bewältigen will, der übersieht die objektiven Grenzen des Wachstums, der übersieht, dass es keine brachliegenden Wachstumspotenziale mehr gibt, die mobilisiert werden könnten.

3. Vor allem mit dem Schlagwort „Green New Deal“ wird heute die Ideologie verbreitet, das kapitalistische Wachstum könne mit anderen technischen Mitteln weitergeführt werden wie bisher. Es wird suggeriert, es gäbe eine „Entkoppelung“ von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch in genügend hohem Maße durch den Einsatz erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien. Das ist eine der gefährlichsten Illusionen eines „Ökoka-

lismus“. Effizienzpotenziale sind begrenzt und unterliegen dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens. Das Potenzial erneuerbarer Energien ist ebenfalls nicht unerschöpflich. Die Energiedichte, die mit den – gerade wegbrechenden – fossilen Energiequellen gegeben war, kann nicht annähernd erreicht werden. Das heißt, uns wird bei allem notwendigen Einsatz „grüner Technik“ unterm Strich erheblich weniger Nettoenergie zur Verfügung stehen als heute.

4. Nicht nur der globale Kapitalismus, der ja auf stetig wachsende Kapitalakkumulation auf immer höherer Stufenleiter und auf eine weltweit funktionierende stark ausdifferenzierte Arbeitsteilung angewiesen ist – sondern auch die Industriegesellschaft insgesamt steht zur Disposition! Die Industriegesellschaft war menschheitsgeschichtlich betrachtet eine nicht verallgemeinerbare Singularität, eine Ausnahmesituation einer kurzen Zeitspanne und immer nur für den kleineren Teil der Menschheit, die nur auf der Grundlage der massiven Ausbeutung fossiler Energieträger – erst Kohle, dann Erdöl – möglich war. Künftige, nachhaltige Gesellschaften werden mit einer wesentlich bescheideneren Ressourcenbasis auskommen. Motorisierter Massen“individual“verkehr, die Selbstverständlichkeit von Fernflügen, etc. werden dann nicht mehr möglich sein. Mit erneuerbaren Energien kann man weniger Hochöfen befeuern, weniger Zement herstellen, weniger Aluminium produzieren.

5. Ein wesentlicher Unterschied zwischen einem marxistischen Sozialismusverständnis und dem der „Initiative Ökosozialismus“ ist: Während Marx und Engels die historische Rolle des Kapitals in der möglichst hohen Entfaltung der Produktivkräfte sahen, auf deren Grundlage erst der Aufbau einer sozialistischen (bzw. kommunistischen) Gesellschaft möglich ist, sagt die „Initiative Ökosozialismus“: Umgekehrt wird ein Schuh draus: Eine sozialistische (solidarische, egalitäre) Gesellschaft ist unabhängig von einem bestimmten Grad der Produktivkraftentwicklung, ja, letztere kann dafür sogar hinderlich sein.

6. Die Wirtschaft wird in Zukunft nicht nur nicht mehr wachsen, sondern zwangsläufig schrumpfen! Politisch stehen wir vor der Alternative, diesen Schrumpfungsprozess über uns hereinbrechen zu lassen oder ihn bewusst politisch zu gestalten. In unserem Sinne heißt das natürlich: ihn gerecht und solidarisch zu gestalten. Die Wirtschaft wird schrumpfen müssen, bis sie einen Zustand des stabilen Gleichgewichts erreicht hat („steady state“).

7. Ein solcher Schrumpfungsprozess ist aber nicht mehr im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse zu bewerkstelligen. Schulökonomisch kommt er ja einer tiefen Depression gleich, das heißt: Es wird Kapital in großen Stil vernichtet, ganze Industriebranchen stehen vor dem Untergang, und sinkende Profitraten werden private Investitionen verhindern. Eine schrumpfende Wirtschaft steht im Widerspruch zum Wachstumsimperativ des Kapitalismus selbst. Das heißt, der notwendige industrielle Abrüstungsprozess kann nur noch jenseits des Kapitalismus – und vermutlich auch gegen seinen Widerstand – organisiert werden.

8. Unter den Bedingungen knapper Ressourcen greifen marktwirtschaftliche Mechanismen nicht mehr. Marktwirtschaft funktioniert – wenn überhaupt – nur unter der Voraussetzung, dass alle Marktteilnehmer flexibel auf die Signale des Marktes reagieren können. Knappe Ressourcen bedeuten aber, dass wir es in diesem Bereich mit „Verkäufermärkten“ zu tun haben. Es besteht dann die Gefahr schwerwiegender „Fehlallokationen“, das heißt: Knappe Ressourcen fließen nicht da hin, wo wir sie als Gesellschaft als lebenswichtig und wünschenswert empfinden, sondern da hin, wo genügend Kaufkraft vorhanden ist. Unter Knappheitsbedingungen kann der Markt auch kein Minimum an sozialer Gerechtigkeit mehr garantieren. Das heißt: Anstelle der Marktmechanismen brauchen wir bewusste Planung, Mengenregulierungen, Quotenvergaben, Preiskontrollen etc.

9. In einer ersten Phase – der Schrumpfungsphase – wird der Staat als starker Akteur unvermeidlich sein. Das ist natürlich keine Idealvorstellung. Planung sollte möglichst dezentral, mit einem Maximum an Partizipation der Betroffe-

nen und mit einem hohen Maß an Autarkie lokaler Gemeinschaften erfolgen. Nicht zuletzt deshalb sind „bottom-up“-Ansätze im Sinne der „Solidarischen Ökonomie“ zentral.

10. Eine ökosozialistische Ökonomie wird sich auszeichnen durch eine starke Konzentration auf den lokalen und regionalen Bezug, durch eine starke Einschränkung des Fernhandels, durch eine höhere Arbeitsintensität (die heutige hohe Arbeitsproduktivität ist zum Großteil nur die Kehrseite einer hohen Energieintensität), durch ein geringeres Maß an Arbeitsteilung und ein hohes Maß an Selbstversorgung.

11. Vor dem Hintergrund dieser Zukunftsperspektive käme es nun darauf an, a) konkrete Exitstrategien zu entwickeln, das heißt zu sehen, welche politischen Schritte eine solidarische industrielle Abrüstung einleiten könnten, bzw. b) „linke“ Politikvorschläge (zum Beispiel ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ etc.) daraufhin zu befragen, ob sie damit kompatibel sind.

Unsere Website: www.oekosozialismus.net

E-Mail: info@oekosozialismus.net

Kontaktadresse: Initiative Ökosozialismus,
c/o Bruno Kern, Mombacher Straße 75 A,
55122 Mainz

Folgende Publikationen finden sich auf unserer Website oder können über die Kontaktadresse bezogen werden:

1. Saral Sarkar, Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen, Stuttgart 2009.
2. Saral Sarkar, Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie, Neu-Ulm 2010.
3. Saral Sarkar / Bruno Kern, Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik Köln / Mainz 2008 (Broschüre)
4. Bruno Kern, Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar. Energiewende zwischen infantilen Fantasien und Ernüchterung, Mainz 2012 (Paper)
5. Saral Sarkar, Die aktuelle Weltwirtschaftskrise verstehen. Ein ökosozialistischer Ansatz, Köln 2012 (Broschüre)

Diskussionsbeitrag für eine gemeinsame Position der Energiewende-Akteure zum „Grünbuch Strommarktdesign“ und zur Vorbereitung des EEG 3

Christfried Lenz (Zusammenfassung)¹

1. Das „Grünbuch“ trägt zwar den Titel „Ein Strommarkt für die Energiewende“, geht aber nicht auf die in diesem Markt bestehende grundsätzliche Benachteiligung der EE gegenüber der konventionellen Energieerzeugung ein. Letztere schädigt Klima und Umwelt, braucht die hierdurch erzeugten „externen“ Kosten aber nicht zu tragen, sondern darf sie der Gesamtgesellschaft diffus und intransparent aufbürden und erhält zusätzlich staatliche Förderungen. Die EE, in deren Preis sämtliche durch sie verursachten Kosten enthalten sind, erleiden dadurch einen eklatanten Wettbewerbsnachteil. – Allererste Aufgabe eines Grünbuchs „für die Energiewende“ wäre es, die umgehende **Beseitigung dieser Chancenungleichheit** zu verlangen.
2. Das Grünbuch geht nicht auf den sog. „Wälzungsmechanismus“ der EEG-Umlage ein. Die 2010 von schwarz/gelb eingeführte Berechnungsweise der EEG-Umlage hat dazu geführt, dass sie seitdem überproportional angestiegen ist und mittlerweile einen Gesamtumfang erreicht hat, der mehr als doppelt so groß ist wie der Gesamtumfang der an die Betreiber von EE-Anlagen ausbezahlten Einspeisevergütungen. Hierdurch wird die Öffentlichkeit dahingehend irreführt, dass die EE Preistreiber seien. Aufgabe des Grünbuchs wäre es, diesem Eindruck entgegen zu treten, indem es aufzeigt, an welche Adressen mehr als die Hälfte der EEG-Umlagen tatsächlich fließt, und gleichzeitig zu verlangen, wieder eine **sachgerechte Berechnungsweise der EEG-Umlage einzuführen**.
3. Dass EE-Erzeugung zum Eigenverbrauch in zahlreichen Konstellationen mit der EEG-Umlage belastet wird, ist widersinnig. Sinn der EEG-Umlage ist es, den Betrieb von EE-Anlagen zu fördern. Nach derzeit geltenden Regelungen müssen die Betreiber solcher Anlagen ihre Förderung selber bezahlen. Aufgabe des Grünbuchs wäre es, die **Korrektur solcher abwegigen Regelungen** zu verlangen.
4. Das Grünbuch nimmt keine Notiz davon, dass der bisher erreichte 25%-Anteil der EE im Strommix Deutschlands überwiegend durch Bürger, Bürger-Energie-Gesellschaften, sowie kleine und mittelständische Unternehmen erreicht wurde – also durch vielfältige dezentrale und individuelle Aktivitäten, wie es dem Wesen der EE entspricht. Das Grünbuch kritisiert nicht, dass diese Aktivitäten insbesondere durch das EEG 2 ungemein behindert werden, indem hierin eine sog. „Direktvermarktung“ vorgeschrieben wird, die in Wahrheit eine indirekte Vermarktung ist, da sie zwangsweise über die Börse erfolgt, wobei obendrein der Grünstromcharakter eliminiert wird. Aufgabe des Grünbuchs wäre es, ein Marktdesign zu entwerfen, das die Weiterentwicklung der dezentralen Energiewende durch **„echte Direktvermarktung“**, bei der Erzeuger und Käufer erneuerbarer Energie unmittelbar in Kontakt miteinander treten, und ebenso **„Mietermodelle“** unkompliziert ermöglicht. Letztere, die durch derzeit gültige Bestimmungen ungemein erschwert werden, würden ein großes, bisher ungenutztes PV-Potential erschließen und zusätzliche Bevölkerungsgruppen an der Energiewende teilhaben lassen.
5. Das Grünbuch muss seine Aufgabenstellung bereits durch die von ihm herangezogene Grundprämisse verfehlen: das sog. energiepolitische „Zieldreieck“. In diesem steht hinter „Versorgungssicherheit“ und „Wirtschaftlichkeit“ die „Umweltverträglichkeit“ an letzter Stelle. (S. 6) – Ob „Umweltverträglichkeit“ auch „Klima-verträglichkeit“ beinhalten soll, wird nicht ausdrücklich gesagt, doch möchten wir dies hier unterstellen.

¹ Der vollständige „Diskussionsbeitrag für eine gemeinsame Position der Energiewende-Akteure zum „Grünbuch Strommarktdesign“ und zur Vorbereitung des EEG 3“ von Christfried Lenz findet sich auf unserer Internetseite <http://www.oekologische-plattform.de/?p=79661>.

Um seiner Aufgabenstellung „Energiewende“ gerecht zu werden, müsste das Grünbuch **Umwelt-/Klimaverträglichkeit an die erste Stelle** setzen und hieraus alles Weitere ableiten.

6. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen und das Umweltbundesamt legten 2010 in detaillierten Studien dar, dass bis 2050 100% EE sicher und bezahlbar zu erreichen sind. Die verfehlte Schwerpunktsetzung im Grünbuch führt dazu, dass dieses **Ziel auf „mindestens 80%“ herunter geschraubt** (S. 6) wird. Ca. 20% am Energiemix sollen also auch nach 2050 den konventionellen Kraftwerken erhalten bleiben. Dass die dann aktiven konventionellen Kraftwerke „sehr emissionsarm“ (S. 36) sein sollen, bedeutet im Klartext vermutlich, dass sie mit CCS verbunden sein sollen. Die unterirdische Verpressung des CO₂ stellt jedoch keinen Klima- und Umweltschutz dar, sondern lediglich eine (extrem teure) Grünbemäntelung fossiler Kraftwerke.
7. Zum Ausgleich der volatilen Energien diskutiert das Grünbuch „Flexibilitätsoptionen“ und führt hierunter an erster Stelle konventionelle Kraftwerke auf. Diese sollen eine Anpassungsfähigkeit „an die zunehmend volatilere Residuallast“ erreicht haben, die „vor wenigen Jahren für technisch unmöglich gehalten wurde.“ (S. 13) Fortschritte mag es gegeben haben, doch sind diese weit geringer als der hier erweckte Anschein. An anderer Stelle vermerkt das Grünbuch selber „hohe An- und Abfahrtskosten und lange Anfahrtdauer von Braunkohle- und Kernkraftwerken“ (S. 16). Dem entsprechend wird auch der Abregelung erneuerbarer Energien durchweg (mit Ausnahme weniger Stellen) eine große bis vorrangige Bedeutung beigemessen.
8. Der Ausgleich der volatilen Energien wird in eine Vielfalt von Kategorien und jeweils zuständigen „Märkten“ aufgeteilt: Regelenergie, Netzreserve, Redispatch, Kapazitätsreserve, möglicherweise Kapazitätsmärkte mit jeweils weiteren Unterteilungen.
Abgesehen von Flexibilisierung des Verbrauchs, Batteriespeichern und Ausgleich durch Netze betrachtet das Grünbuch dies gesamte Gebiet als Domäne konventioneller Stromerzeugung. Auf die bei einer Vollversorgung durch EE

unabdingbare Langzeitspeicherung geht das Grünbuch in einem einzigen Satz ein: „Langzeitspeicher, die saisonale Schwankungen ausgleichen können, sind erst bei hohen Anteilen erneuerbarer Energien erforderlich“ (S. 18).

Aufgabe des Grünbuchs wäre es, zumindest anzugeben, wie hoch diese Anteile sein müssen, damit Langzeitspeicher erforderlich sind und wann deren Lernkurve beginnen muss, damit sie dann ausgereift zur Verfügung stehen.

9. Das Grünbuch vermittelt den Gesamteindruck, dass es ihm in erster Linie darum geht, der konventionellen Energieerzeugung eine Bestandsgarantie über das Jahr 2050 hinaus zu erteilen. Wenn wir richtig vermuten, dass zu den genannten 20% die konventionell abgedeckten Reserven noch hinzu zu zählen sind, dürfte man 2050 auf einen konventionellen Anteil kommen, der etwa dem heutigen Anteil der EE entspricht. Unwillkürlich erhebt sich die Frage, ob Gabriel der Kohle-Lobby, zu der leider auch die IG BCE zu zählen ist, eine derartige Zusage gemacht hat?
Aufgabe eines Grünbuchs, das seinem Namen gerecht wird, wäre es, deutlich zu machen, dass die E-Wende keinen Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet, sondern einen Zuwachs, und dass hierin ein großes Entwicklungspotential gerade auch für die bisher in der Kohleindustrie Beschäftigten liegt.
10. Neben allen bisher genannten Unzulänglichkeiten ist zu bemängeln, dass der vom Grünbuch skizzierte Strommarkt nicht nur äußerst kompliziert und entsprechend intransparent, sondern auch ein gänzlich anonymes Gebilde ist. Der subjektive „Faktor Mensch“ kommt hierin nicht vor. Gerade er ist jedoch die wesentliche Triebfeder der Energiewende. Das Grünbuch hätte die Aufgabe, die Bedeutung dieses „Faktors“ zu erkennen und ihm eine entsprechende Rolle zuzuweisen. Dies würde geschehen, wenn in kommunalen und regionalen Zusammenhängen die Erprobung der Vollversorgung mit EE angeregt würde. Hierbei gemachte Erfahrungen kämen dann der flächendeckenden Vollversorgung zu gute.

Beuteldeutsche

Sylke Wegener



Ich bin eine Beuteldeutsche und stolz darauf. Sie wissen nicht, wer die Beuteldeutschen sind? Ich kann nachhelfen: Ende der 1970er und in den 1980er Jahren wurden in einigen Ländern Europas die Deutschen, welche immer einen Stoffbeutel mit sich führten, so bezeichnet. Andere Ausländer ließen sich, wie die Inländer, grundsätzlich alles in Plastiktüten verpacken, damals der Ausdruck für Fortschritt. Einige der Deutschen trugen etwas am Handgelenk, so groß wie ein Portemonnaie, mit Reißverschluss. Wenn sie einkauften oder am Strand Steine sammelten oder, oder, oder... entfaltete sich dieses „fast Nichts“ hin zu einem Stoffbeutel, der die erworbenen Dinge aufnahm.

Heute, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, lebe ich in Portugal: Plastiktüten überall. Obwohl ich zu den Beuteldeutschen gehöre, muss ich zur Kenntnis nehmen, dass es fast unmöglich ist, sich gegen die Tüten zu wehren. Freundliche Verkäuferinnen packen mir, als Dienstleistung, die Ware gleich in eine Tüte aus Weichplaste. Manchmal bin ich mit meinem Beutel schnell genug, um diese Zuvorkommenheit zu verhindern. Das gelingt nicht immer. So lerne ich meine ersten portugiesischen Worte: „Por favor, nao saco!“ (Bitte, keine Tüte). Das wird sehr unterschiedlich aufgenommen. Während im Supermarkt ein erstaunter Blick mit der

Nachfrage folgt, ob ich tatsächlich keine Tüte möchte, freut sich die Händlerin auf dem Wochenmarkt. Sie erklärt mir, dass die Plastiktüten für die Obst- und Gemüsehändler teuer sind. Dabei werfen die Kunden sie in aller Regel zu Hause weg. Nun, das zumindest passiert bei mir nicht einfach so. Wenn ich einer Plastiktüte nicht entgehen kann, wird sie zu Hause als Mülleimer genutzt, bevor sie dann mit Inhalt in den Müll kommt.

Ich wohne seit einiger Zeit in Portugal und halte sehr viel davon, die Gesetze, die ethischen Vorstellungen und die Verhaltensweisen in diesem Land, in dem ich Ausländerin bin, zu respektieren und zu achten. Ich fühle mich auch nicht dazu berufen, besserwisserische Ratschläge zu erteilen, wie Dieses oder Jenes zu ändern wäre. Vielmehr denke ich an eine Lebensweisheit der Aborigines, der Ureinwohner Australiens: Beobachten ohne zu werten. Zugegebenermaßen weiche ich manches Mal davon ab. Dafür bin ich Mensch. Doch ich spüre, dass es mir gut bekommt, nicht immer gleich eine Wertung parat zu haben, wie so viele andere meiner Mitbürger. So beobachte ich den Plastiktütenwahn und trage meinen Beutel mit mir herum. Die Achtsamkeit für meine Umgebung wächst beständig an, seitdem ich mehr beobachte und weniger, vor allem weniger vorschnell, bewerte.

Ich genieße in vollen Zügen das portugiesische Leben ohne die beständige deutsche Hektik. Dabei bleibe ich Deutsche, geprägt von der Kultur und Ethik meines Heimatlandes, in dem ich erzogen wurde und viele Jahre lebte. Das ist ein Teil meiner ganz individuellen Persönlichkeit, die ich nicht aufgeben will. So stelle ich mir angesichts der Plastiktütenberge und meines kleinen Beutels am Handgelenk die Frage, was Integration in Portugal für mich bedeutet, sehr persönlich und ganz real. Erfordert es Anpassung bis hin zur Selbstaufgabe, also Plastiktüte statt Stoffbeutel? Da wehrt sich mein Innerstes: Ich will meinen Beutel behalten dürfen! Je länger ich über die Frage der Integration nachdenke, desto klarer wird mir: Integration ist ein ständiges Wechselspiel zwischen meiner Persönlichkeit

Abfall

und meinem Umfeld. In dieser Hinsicht hat sich nichts geändert: Auch in Deutschland gab es das immer währende Spannungsfeld zwischen Individualität und Gemeinschaft.

Ich habe ein portugiesisches Umfeld gewählt. Muss das bedingungslose Anpassung an die Plastiktüte heißen?

Für das Wort Integration finde ich im Fremdwörterbuch viele Entsprechungen. Mir gefallen am besten „Verzähnen“ und „Einbringen“, die bestehende Gemeinschaft bereichern. In diesem Sinne integriere ich mich gern. Die Menschen im Land mit der westlichsten Küste Europas lieben Fußball und ihre Fußballstars, das Klima, die Natur schlechthin und das Meer, besonders das Meer. Der Atlantik bietet Nahrung, Erholung, Tourismus, Verbindung zu anderen Kontinenten, Schönheit, Wildheit, Kraft und Sanftheit. Die größten Wellen Europas laufen hier an die Küste, reißen manchmal auch Menschen mit sich. Von den Klippen stürzen immer wieder unvorsichtige Angler und Wanderer in die Tiefe. Nicht alle werden gefunden. Die Natur Portugals bietet Wundervolles, Herrliches, aber auch Gefährliches. Wir Deutschen sind so sehr an unsere ausgeschilderten, überall gesicherten Wege gewöhnt, dass uns das Wilde reizt. Durch das Gewohnheitsrecht auf Sicherheit haben viele es verlernt, achtsam die Wildheit zu beobachten und auf sich selbst aufzupassen, Verantwortung für sich in der Natur zu übernehmen. Den Portugiesen geht es aus anderen Gründen ähnlich: Sie befreiten sich von Salazar mit einer sozialistischen Revolution, hier Nelkenrevolution benannt, und wehren sich auf Grund der tief verwurzelten persönlichen Erfahrungen mit einem Überwachungsstaat mehrheitlich gegen jede Form von staatlicher Bevormundung. Das besondere portugiesische Freiheitsstreben wiederum führt ebenfalls zu einer gewissen Unvorsichtigkeit. So treffen wir uns am selben Punkt, wenn auch aus unterschiedlichen Richtungen: Wer keine Verantwortung für sich selbst übernimmt, kann es letztlich auch nicht wirklich für andere und schon gar nicht für die Natur.

Eines Nachts habe ich einen Traum:

Ich sitze im Nachmittagssonnenschein am

südlichen Strand in einer von Felsen eingeschlossenen Atlantikbucht. Seichte Wellen schwappen auf den Sand. Auf sieben von ihnen folgen drei besonders hohe. Die Flut läuft auf, und jede große Welle greift sich ein deutliches Stück Strand, auf das dann die kleinen Wellen ihr Wasser entlassen. So geht es weiter. Ich weiche Stück für Stück zurück. Plötzlich erhebt sich eine besonders hohe Welle. Ich stehe auf und trete rückwärts noch weiter nach hinten, den Blick auf die Welle geheftet. Sie bricht sich und lässt das Wasser bis an meine Füße sprudeln, darin einen zappelnden großen Fisch. Der schaut mich mit offenen Augen an und spricht: „Ich bin schon sehr alt. Deshalb habe ich Angst um meine Kinder und Enkel und alle meine Verwandten in der Weite des Meeres.“

„Warum kann ich dich verstehen?“, frage ich den Fisch.

„Weil du ein besonderer Mensch bist.“

„Was macht dir Angst in der Weite des Meeres?“

„Ihr Menschen.“

„Sind es die Fischer mit ihren Netzen, die euch fangen, oder die lauten und immer größeren Schiffe, welche die Meere befahren?“, frage ich weiter.

„Nein, weder noch! Es sind die Menschen auf den weiten Kontinenten, durch die wir und letztlich alle Lebewesen gefährdet sind, auch du. Ich wollte dich warnen. Du solltest zukünftig lieber keinen Fisch mehr essen, er wird dich krank machen.“

„Hier in Portugal ist der Fisch so frisch und reichlich, dass ich mir nicht vorstellen kann, darauf zu verzichten. Warum soll mich frischer Fisch krank machen?“

„Ihr Menschen schmeißt viel Plastik in die Meere. Wir Meerestiere sind dem ausgeliefert und nehmen die kleinen Teilchen mit unserer Nahrung auf. Einige sterben daran, andere werden von Fischern gefangen. Auf diese Art esst ihr eure eigenen weggeworfenen Kunststoffe. Der Plastikwahn wird die Meerestwirtschaft Portugals letztlich zerstören. Ich möchte, dass du dich und deine Lieben schützt.“

Kaum spricht der Fisch diese Worte zu Ende, kommt erneut eine große Welle und nimmt ihn wieder mit hinaus aufs Meer. Meine Füße sind nass, weil ich nicht mehr auf das Wasser geachtet hatte. Als ich meinen Blick hebe, bemerke ich, dass die Sonne untergehen will. Sie bestrahlt die umliegenden Felsen, welche in unterschiedlichen Farben leuchten: ein unheimlich berührender Anblick. Ich fühle Schmetterlinge im Bauch bei der Betrachtung. Doch dann muss ich an den Fisch denken, und die Schmetterlinge verschwinden.

Wieder zu Hause recherchiere ich im Internet über Plastiktüten. Das Bild wird immer hoffnungsloser. Plastiktüten und anderer Plastikmüll landen so massenhaft im Meer, dass sie an sich herrliche Strände regelrecht überfluten, weil das Wasser sie dort hin treibt. Sie verwesen nicht, werden allerhöchstens zerteilt in viele mikroskopisch kleine Teilchen. Mit dem bloßen Auge können wir sie nicht mehr wahrnehmen, spüren auch nicht. Doch überall im Meereswasser befinden sich heute diese Miniminiminiplastiken. Scheinbar berührt es uns Menschen nicht. Was wir nicht sehen oder spüren können, wird schlichtweg ignoriert. Doch die Fische können dem nicht entgehen. Der große alte Fisch am Strand hatte Recht. Warum entging mir das bis jetzt? Mein Stoffbeutel war ein Synonym für Qualität und Dauerhaftigkeit statt Wegwerfmentalität. Könnte er zu einem Synonym für Meeres- und Gewässerschutz werden, vielleicht für den Umweltschutz überhaupt?

Ob ihr es glaubt oder nicht: In Portugal existieren Beutelmenschen. In den folgenden Tagen bin ich mit wachen Blicken beobachtend unterwegs und mir begegnen so einige davon. Ich bin nicht allein! Wir reden miteinander und treffen uns eines Abends in den Bergen von Monchique: Deutsche, Engländer, Holländer, Franzosen, Spanier und Portugiesen. Sie alle leben hier und gehören zu der besonderen Spezies der Beutelmenschen. Einer von ihnen erzählt, er hätte günstig einen großen Ballen Leinenstoff

erwerben können. Seine Frau besorgte ein Beutelschnittmuster und näht gemeinsam mit einer portugiesischen Nachbarin Leineneinkaufsbeutel. Er selbst verteilt diese an unterschiedlichste Geschäfte mit der Bitte, den Kunden einen Beutel statt einer Plastiktüte zu überreichen. So will er im Land ein Bewusstsein für die wichtigen Umweltkreisläufe schaffen, behutsam und langsam. Kaum erzählt, finden sich weitere Frauen, die nähen können und mitmachen wollen. Ein Portugiese macht den Vorschlag, die Beutel mit einem aussagekräftigen Logo zu versehen wie: „Schutz dem Atlantik!“ Natürlich auf Portugiesisch. Ein Franzose will dazu ein Bild entwerfen, und ein Spanier könnte es organisieren, dass die Beutel bedruckt werden. So verteilen sich die unterschiedlichsten Aufgaben. Im Meinungsaustausch über die Beutelsache geht es immer mehr um Stoffkreisläufe und die ganz konkreten Auswirkungen im täglichen portugiesischen Leben, wenn es keine Plastiktüten mehr gibt. Dort müssen irgendwann einmal Lösungen gefunden werden. Wir wollen zunächst einen kleinen Schritt machen und Stoffeinkaufsbeutel nähen und verteilen.

In der folgenden Nacht habe ich wieder einen Traum: Ringsum in der Algarve und im Alentejo nähen Menschen unsere Stoffbeutel, die inzwischen in ganz Europa verteilt werden. Natürlich nicht mehr kostenlos. Die Bewohner des Landes brauchen eine Arbeit, von der sie leben können. Der Gewässerschutz schafft im Süden Portugals Arbeitsplätze! Das ist gut: Die internationale Gemeinschaft vor Ort freut sich und feiert ein großes Fest, denn in Portugal wird aus jeder Gelegenheit eine freudige Feierlichkeit.

Als ich erwache, frage ich mich, ob das wohl wahr werden kann: Die Beutelmenschen bereichern die Gemeinschaft im Südwesten Europas ganz konkret und ganz real.

Wir wollen den Plastiktütenirrsinn auf liebevolle Art und Weise schrittweise beenden unter Berücksichtigung der portugiesischen Art zu leben. Wegen dieser Lebensart sind wir schließlich hier.

Das Ende der Ozeane

Friedhelm Knipping-Petri



Die 2014 erschienene Arbeit des renommierten deutschen Ozeanologen und Klimaforschers Mojib Latif trägt den Untertitel: **Warum wir ohne die Meere nicht überleben werden.**

Ergänzte man diesen polemisch: ... ohne Die LINKE schon, dann würde die für die Menschheit folgenschwere Entwicklung des planetarischen Ökosystems drastisch unterstreichen, weshalb die Ignoranz des Führungspersonals der Linken auf diesem Gebiet inzwischen nur noch schwer zu ertragen ist.

So kann man das Parteiprogramm der LINKEN, das ohnehin zunehmender Koalitionsstrategie in seiner Stringenz weitgehend geopfert wird, getrost bei Seite legen, wogegen die Lektüre vorliegender Studie ein politisches und ökologisches Muss für jeden systemkritischen Menschen ist.

Deshalb möchte ich mir auch ganz bewusst eine ausführliche Rezension ersparen und mich

nur auf ein Resümee stichwortartiger Inhaltsangabe beschränken.

In wissenschaftlich gut verständlichen Stil beschreibt Latif den heute bereits langfristig irreversiblen Zerstörungszustand unserer Ozeane und dessen zusätzliche Einwirkung auf die kontinentalen Ökosysteme. Erwähnt seien hier nur Erwärmung, Eisschmelze, Ansteigen des Meeresspiegels, Versauerung, Vermüllung, Vergiftung, Radioaktivität, Übernutzung, Tier- und Pflanzensterben, Kollaps der Strömungssysteme u.a.m.

Neben seiner alarmierenden Bestandsaufnahme – es ist 5 Minuten nach 12! – wendet sich der Wissenschaftler Latif wütend und verzweifelt in einem eindringlichen Plädoyer für die Erhaltung unserer Lebensgrundlage wiederholt an die Politik.

Vergebens, auch die Anspruchslinke ist von Sorgen um systemerhaltende Ministerpräsidentenwahlen, Koalitionsintentionen und tagespolitische Forderungen paralyisiert und erschöpfend beschäftigt.

Nicht nur, aber gerade nach der Lektüre von Latifs Arbeit wird einem erneut die unausweichliche Zerstörung unseres planetarischen Ökosystems vor Augen geführt. Und man muss schon auf beiden blind sein, um dies ignorieren zu können. Das ewig kleinkarierte Gezänk um systemimmanente Positionen und Pöstchen verhindert ein glaubwürdiges sozialökologisches Narrativ, in dessen Fokus die Erhaltung unseres Ökosystems zu stehen hätte.

Und da sei einem erzürnten Erdenbewohner schon mal die konstruktiv kritische Frage erlaubt: wie lange noch will die Ökologische Plattform den Rufer in der (Partei-)Wüste geben?! Gemeinsam droht der Untergang – politisch wie ökologisch! Wie gesagt, es ist 12.05 Uhr und Die LINKE hat keine Antwort, wo doch im Parteiprogramm proklamiert wird: Die LINKE ist eine lernende Partei!

Also ran an die obige Lektüre, liebe Genossen/innen.

Das Jing, das Jang, das Jahr, der Gang

Rainer Gellermann

Der Tag, der Tang, die See, der Fang -
ein Wechselspiel der Bilder.
Ein Panta Rhei? Ein Regelgang?
Die Winde werden wilder.

Und du? Geh! Zeiten ändern sich! Ganz leis
die Wellen wachsen.
Der Fortschritt schreitet still im Kreis
und sucht nach seinen Achsen.

Die Nacht, das Riff, das Eis, es schliff
den Fjord. Jetzt musst es weichen.
Das Wasser greift mit stetem Griff
nach neuen grünen Reichen.

In Wirbeln dreht sich unversenkt
der Müll der Kontinente.
Poseidons Dreizack ist behängt,
ein modriges Plastikambiente.

Zerstört, zerrieben, feinst zerstäubt,
fließt Nanobrei durch Schlünde.
Von Fisch zum Netz, von Netz zum Tisch;
Geschmack hat tiefe Gründe.

Das Jing, das Jang, das Jahr, der Gang
der Zeiten, die sich wandeln.
Wo suchst du Schutz? Was macht dich bang?
Es bleibt noch Platz zu handeln!

Grüne Lügen. Nichts für die Umwelt, alles fürs Geschäft – wie Politik und Wirtschaft die Welt zugrunde richten

Rezension von Götz Brandt

Dieses Buch von Friedrich Schmidt-Bleek, einem Pionier des Umweltschutzes (Chemikaliengesetz 1980, Vizepräsident des Wuppertal-Instituts seit 1992), sollte jeder besorgte Bürger lesen, allen voran die Politiker und die Unternehmer. Es handelt sich um eine Bestandsaufnahme von einigen Jahrzehnten deutscher Umweltpolitik sowie deren kritische Einschätzung. Die bisherige Umweltpolitik ist nicht auf den Schutz der Umwelt, sondern nur auf den Schutz der Gesundheit der Menschen ausgerichtet. Der Autor lenkt die Aufmerksamkeit auf den für die Erhaltung der Umwelt entscheidenden Ressourcenverbrauch. Regierung und Medien befassen sich fast nur mit dem Thema Klimawandel und tun so, als ob wir für alle Ewigkeit genügend Ressourcen hätten. Alle größeren Umweltprobleme nehmen jeden Tag weiter zu, aber die Regierung kümmert sich nur um End-of-pipe-Lösungen. Um den Planeten zu erhalten, müssten wir unseren Ressourcenverbrauch um 90 % verringern, und das innerhalb weniger Jahrzehnte. Aber diese Aufgabe steht nicht im Zentrum der politisch zu lösenden Aufgaben. Wir, das sind die 20 % der Weltbevölkerung in den Industriestaaten, die 80 % der Ressourcen vernutzen, zerstören unseren Planeten. Die Regierungen tun nichts, um den Planeten zu erhalten, sondern beschleunigen im Gegenteil noch das Wirtschaftswachstum.

Als Grüne Lügen bezeichnet der Autor alle Umweltschutzmaßnahmen, die sich in der Gesamtrechnung negativ auf die Umwelt auswirken. Dazu gehört nach seiner Auffassung z. B. die Elektromobilität. Auch die Energiewende wird als grüne Augenwischerei bezeichnet. Ebenso schadet die Kohlendioxid-Vermeidungsindustrie der Umwelt. Es werden zahlreiche weitere Beispiele genannt. Mit diesen Umweltmaßnahmen wird das Grundproblem nicht gelöst: der zu hohe Ressourcenverbrauch. Echte Umweltpolitik ist ein Wachstumshindernis, und deshalb traut sich keine Regierung,

etwas ernsthaft zu tun. Vier Fünftel der uns bedrohenden Umweltgefahren werden von der Regierung und den Medien von vornherein ignoriert. Notwendig ist aber eine Ressourcenwende, die von einer ehrlichen Umweltbilanz ausgeht.

Um die Schäden in der Umwelt zu messen, wurden vom Autor die Maßstäbe „Ökologischer Rucksack“ und „Materieller Fußabdruck“ als Ausdruck der Umweltbelastung geschaffen. Im Anhang befindet sich eine Tabelle mit Angaben zur Materialintensität von etwa 230 Produkten und Dienstleistungen. Nach dem Studium dieser Tabelle werden viele Umweltschützer umdenken müssen und die Umweltpolitik der „Grünen“ erscheint in einem ganz anderen Licht.

Die Umstellung der Industrie auf eine Dematerialisierung um den Faktor zehn will der Autor vor allem durch Öko-Innovationen, die zu neuen oder verbesserten Produkten und Dienstleistungen führen, eine verlängerte Lebensdauer aller Produkte, ihre Reparaturfähigkeit und lange Nutzung erreichen. Ausleihen, gemeinsames Nutzen und die Lebenszeit der Produkte durch Wartung verlängern sind wichtiger als Produzieren. Eine erweiterte Dienstleistungsindustrie soll die überflüssigen Produktionsarbeiter der Produkterzeugung auffangen. Auch eine Kreislaufwirtschaft und eine Steuerreform mit einer Ressourcensteuer werden vorgeschlagen.

Der Autor hat klar erkannt, dass der Zwang zum Wirtschaftswachstum uns dazu verdammt, die Natur zu zerstören. Wachstum steht dem Prinzip der Nachhaltigkeit entgegen. Solange aber die Profitmaximierung als einziger Zweck der Unternehmen gilt, fehlt jede gesellschaftliche Verantwortung. Der Autor fordert deshalb einen Systemwechsel. Den sieht er aber nur in einem Richtungswechsel, durch den wirtschaftliches Wachstum vom materiellen Wachstum abgekoppelt wird, wobei aber der Wohlstand erhalten werden soll. Er erkennt,

dass das der Wirtschaft nicht schmecken wird, die davon lebt, die Zahl der verkauften Produkte ständig zu steigern. Dennoch will er die kapitalistische „systemisch falsch gepolte Wirtschaft“ nicht abschaffen, sondern es würde „eine ökologische Korrektur“ genügen. Wie er aber den „schwerwiegenden Fehler im System unserer Wirtschaft, dass das Kapital Natur ökonomisch nicht berücksichtigt und deshalb ohne Hemmung ausgebeutet wird“, grundlegend beseitigen will, darauf gibt er keine Antwort. Mit Marx und der LINKEN hat der Autor seine Probleme. Er stellt die Frage: „Es wäre interessant, darüber zu spekulieren, ob Marx heute ein prominenter Verfechter ökologischer Interessen wäre“. Er kennt die Einschätzung von Marx nicht, dass das Kapital letztendlich den Menschen und die Natur vernichtet und Marx bereits vor über hundert Jahren ein Verfechter ökologischer Interessen war. Er unterstellt Marx, er hätte mit dem Begriff „Kapital der menschlichen Arbeitskraft“ operiert. Das „Kapital“ hat er

offensichtlich nicht gelesen.

Der Autor behauptet, die „Ressourcenwende“ würde in keinem Parteiprogramm erscheinen und wäre ein „blinder Fleck im Bewusstsein der Öffentlichkeit“. Da hat er das Parteiprogramm der LINKEN nicht gelesen, in dem ein „Sozial-ökologischer Umbau in Richtung eines nachhaltigen, ressourcensparenden Wirtschaftens und Lebens“ gefordert wird und eine „Reduktion des Verbrauchs fossiler Ressourcen um 90 %“. Von diesen programmatischen Zielen macht die LINKE zwar wenig Gebrauch, aber sie sind in anderen Parteiprogrammen gar nicht enthalten.

Dennoch sollten auch alle LINKE dieses Buch lesen, weil es eine objektive und ungeschminkte Sicht auf die Umweltpolitik in Deutschland bietet.

Friedrich Schmidt-Bleek: *Grüne Lügen. Nichts für die Umwelt, alles fürs Geschäft – wie Politik und Wirtschaft die Welt zugrunde richten*. 4. Aufl. 2014. ISBN 978-3-453-28057-1, 19,99 €

Ökologie und Landbau

Rezension von Götz Brandt

Seit fünf Jahrzehnten fördert und unterstützt die Stiftung ökologischer Landbau (SÖL) die Entwicklung des Biolandbaus. Sie ging hervor aus der „Georg Michael Pfaff Gedächtnis Stiftung“, der „Stiftung mittlere Technologie“ und der „Stiftung ökologischer Landbau“, die sich 1991 mit Sitz in Bad Dürkheim zusammenschlossen.

Neben weiteren Arbeitsschwerpunkten wird die vierteljährlich erscheinende Fachzeitschrift „Ökologie und Landbau“ herausgegeben, in der Fachinformationen zum Ökolandbau vermittelt werden (www.soel.de). Das Heft 01/2015 ist dem Schwerpunkt „**Grünes Geld**“ gewidmet. Dieses Heft sollten nicht nur Biobauern lesen sondern auch die Käufer von Bio-Produkten.

Die Biobranche darf neue Entwicklungen nicht verschlafen: Komplementärwährungen, genossenschaftlich organisierte Dorfläden, Crowdfunding-Plattformen, Shareconomy. Für Biobauern ist es nämlich viel schwerer, langfristig erfolgreich und rentabel zu sein, als das bei konventionellen Landwirten möglich ist. An ers-

ter Stelle steht die Aufgabe, den Boden aus dem Markt zu nehmen, um die Produktionsgrundlage langfristig zu sichern. Das geht über Stiftungen, gemeinnützige Unternehmen, Bio-Bodenfonds, Genossenschaften und Privatinitiativen. Die Finanzierung kann über die GLS-Bank-Stiftung erfolgen (Gemeinschaftsbank Leihen und Schinken). Diese Bank hat 32 400 Genossenschafts-Mitglieder und bedient 165 000 Kunden: grünes Geld von grünen Banken.

In diesem Heft werden weitere interessante Probleme behandelt: Milch-Ziegenzüchtung, Konsumentenanalyse, Qualität der Bio-Lebensmittel, Artenschutz, Qualität der Bio-Beratung und weitere Themen.

Besonders dieses Heft sollten Konsumenten von Bio-Produkten lesen und Schlussfolgerungen ziehen, wie sie die Lieferanten gesunder Produkte unterstützen können.

Jahres-Inhaltsverzeichnisse aller erschienenen Hefte können eingesehen werden unter: www.soel.de/publikationen/oekologie_und_landbau/jahresinhaltsverzeichnis.html

Andreas Oppacher: Krisenkiller. Chancen einer klugen Wirtschaftspolitik

Rezension von Dr. August Gerlach

Das aktuelle Buch von Andreas Oppacher ist ein fundierter Beitrag zu vielen wichtigen Themen unserer Zeit. Der Autor erklärt uns die Krise in Europa und mahnt inständig, die Sparpolitik zu beenden und durch ein staatliches Investitionsprogramm zu ersetzen. Außerdem müsse sich Deutschland in den nächsten 10 bis 15 Jahren ungewöhnlich hohe Lohnabschlüsse leisten. Andernfalls sei ein Ende des Euro nämlich nicht mehr zu vermeiden. Oppacher schlägt sogar vor, in diesem Zeitraum eine 30-Stundenwoche einzuführen und erläutert ausführlich, warum die Gelegenheit dafür im Moment einzigartig sei. Nach einer Bestandsaufnahme der Fehlentwicklungen am deutschen Arbeitsmarkt folgen Vorschläge für ein zukunftsgerichtetes, solidarisches Steuersystem.

Im Anschluss dreht sich dann alles um internationale Herausforderungen. Ein wichtiges Thema hierbei ist die Abkehr von den fossilen Energieträgern, verbunden mit dem Übergang zu einem ressourcenschonenden und umweltverträglichen Wirtschaften. Hier sei der Staat gefragt, mit ehrgeizigen Vorgaben und Zielen nach vorne zu gehen. Der Autor vermeidet konsequent den moralischen Zeigefinger, legt aber auch dar, dass darüber hinaus ein bewusster Konsum und eine verstärkte regionale Versorgung notwendig

sein werden. Das Prinzip „immer mehr von allem“ sei dagegen ein Konsummuster des 20. Jahrhunderts, das wir überwinden müssten.

Am Ende des Buches geht es um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Da weiterhin steigende Bevölkerungszahlen zu erwarten sind, befürchtet der Autor eine zunehmende Gefahr für die Versorgung der Menschen in den Entwicklungsländern mit Nahrungsmitteln, wenn nicht bald das nach wie vor kolonial geprägte Welthandelssystem aufgebrochen wird. Die Existenzsicherung der eigenen Bevölkerung müsse dort in Zukunft absolute Priorität genießen. Der Autor erklärt, warum sich ein intensiver, industrieller Ackerbau nach europäischem Muster von vornherein nicht für die Tropen eignet und liefert verheißungsvolle Beispiele dafür, wie gut stattdessen eine nachhaltige Landwirtschaft funktionieren kann, die sich auf die Leistung und Erfahrung der Kleinbauern stützt.

Dem Autor ist hiermit ein wundervolles und außergewöhnliches Buch gelungen, das auch wirklich jeder Interessierte verstehen kann.

Andreas Oppacher: *Krisenkiller. Chancen einer klugen Wirtschaftspolitik*, agenda Verlag, Münster, 2014, 272 Seiten, 19,90 EUR.

Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise.

Rezension von Götz Brandt

Die Autoren Frank Adler und Ulrich Schacht-schneider haben sich die Mühe gemacht, etwa 140 Bücher zu durchforsten, in denen Lösungswege aus der Ökokrise vorgeschlagen werden. Obwohl das Buch bereits 2010 erschienen ist, gibt es bisher nichts Vergleichbares auf dem Büchermarkt. Die Autoren bieten eine Einführung in die konträren Konzepte, Übersicht und Orientierungshilfe an. Das ist ihnen gut gelungen. Das Buch gibt Antwort auf die vielfältigen

Vorschläge und Erklärungen zu den Fragen: Was sind die gesellschaftlichen Ursachen der Ökokrise, was sollte sich in den westlichen kapitalistischen Gesellschaften ändern, wie und durch welche Akteure soll der Wandel bewerkstelligt werden? Die Spanne der erläuterten Vorschläge reicht von einer radikalen Herrschaftskritik, ökofeministische Subsistenzwirtschaft, wachstumskritischen Ökosozialismus, über gesellschaftliche Planung des stofflich-

naturalen Reproduktionsprozesses, Industrialismuskritik bis hin zur Kultur der Genügsamkeit. Für die schnelle Orientierung sind den Kapiteln jeweils Zusammenfassungen vorangestellt, damit der Leser sich erst mal einen Gesamtüberblick verschaffen kann, ehe er ins Detail einsteigt. In einem Schlusskapitel werden die Kontroversen bei den Positionen und Argumenten nochmal kurz

gegenübergestellt und ein Syntheseversuch gewagt.

Frank Adler; Ulrich Schachtschneider: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus. Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise*. 2010 oekom, München. 318 S. ISBN 978-3-86581-213-1, 24,90 €

Das Strompreiskomplott: Warum die Energiekosten wirklich steigen und wer dafür bezahlt

Rezension von Götz Brandt

Malte Kreutzfeldt von der taz hat eine kleine erschwingliche (7 €) Broschüre geschrieben, die jeder private Stromabnehmer lesen sollte. Die Strompreislügen der Konzerne und der Bundesregierung werden analysiert. Eine Lüge ist zum Beispiel, dass die EEG-Umlage die alleinige Ursache und die Energiewende der alleinige Sündenbock für die steigenden Strompreise wäre. In Wirklichkeit zahlen die privaten Stromkunden jährlich 3 Milliarden € zu viel. Das sind zusätzliche Gewinne der Stromkonzerne. Auch wird behauptet, dass sich an den EE-Anlagen private Bürger bereichern würden. Die Rendite liegt aber nur bei durchschnittlich 5 %. Dagegen erwirtschaften die Großkonzerne wie RWE und EnBW jedes Jahr 15 % Gewinn auf ihr Gesamtkapital. Für die Stromnetze werden 9 % Rendite staatlich gebilligt. Alle diese Gewinne zahlt der Stromkunde. Die Bereicherung findet also bei den Konzernen der fossilatomaren Stromerzeugung statt. Weiterhin wird gezeigt, wie die Konzerne die niedrigen Börsenpreise nicht an die Verbraucher weiterleiten sondern im Gegenteil auch noch die Strompreise steigern. Von September 2012 bis September 2013 sanken die Börsenpreise um 12 %, und im gleichen Zeitraum stiegen die Preise der Stromkonzerne um 10,5 %. Die Konzerne setzen den „Markt“ außer Kraft. Die vom Staat teilweise kostenlos ausgegebenen Zertifikate für den Kohlendioxidausstoß als Verschmutzungsberechtigung werden genutzt, um weitere Profite zu machen. Von den Konzernen und der Bundesregierung wird behauptet, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet sei, wenn es keine Befreiung von der EEG-Umlage geben würde. Die Stromkosten machen aber in der Industrie im Durchschnitt nur 1,5 % der Gesamtkos-

ten aus und nur 5 % der Bruttowertschöpfung. Dennoch wurden 2014 etwa 2100 Industriebetriebe von der EEG-Umlage befreit. Würde die Industrie die EEG-Umlage zahlen, dann würde diese anstelle von gegenwärtig 6,2 Cent pro Kilowattstunde nur 4,3 betragen. Auch die Subventionen, die der Staat den Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken zahlt, machen 3-4 ct/kWh aus. Das wird aus den Steuern der Stromkunden bezahlt. Untersucht werden diejenigen Kosten, die durch die Luftverschmutzung der fossilen Werke entstehen (ein bis zwei Cent pro Kilowattstunde). Die Klimaschäden, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen, liegen bei etwa 4-9 ct/kWh. Auch ist es eine Lüge, dass der Atomstrom der billigste Strom wäre. Würden Risiken, wie der GAU von Tschernobyl oder Fukushima in den Strompreis eingerechnet, würde der Preis auf 3 €/kWh steigen. Kein Atomstromerzeuger ist gegen einen GAU versichert.

Das sind nur einige Fakten, die in dieser Broschüre dargelegt werden. Die Regierung verschlechtert die Bedingungen der privaten Verbraucher und verbessert die der Stromkonzerne. Die preiswerten EE-Anlagen werden ausgebremst und die Braunkohle-Dreckschleudern weiter gefördert. Diese Grundversorgerabzocke muss gebremst werden. Alle bekannten politischen Forderungen der Oppositionsparteien werden erläutert und eingeschätzt. Die SPD ist von ihren Wahlzielen abgerückt und hat diese nicht in den Koalitionsvertrag hinein bekommen. Dem Verbraucher bleibt nur eine Lösung: den Stromversorger wechseln.

Malte Kreutzfeldt: *Das Strompreiskomplott*. Knauer Taschenbuch, April 2014, ISBN 978-3-426-78673-4, 7 €.

Eine Reise durch die Ozeane -

Werden die Wasserwelten von morgen ein Eldorado für Schwefelbakterien?

Rezension von Marko Ferst

Alles Leben hängt von den Ozeanen ab, dort entstand es vor 3,4 Milliarden Jahren. Sie umfassen 90 Prozent der Lebensräume auf der Erde. Intuitiv könnten wir wissen, wenn wir die Lebensadern in den Ozeanen kappen, wird das nicht nur dort einschneidende Konsequenzen haben. So nimmt uns Mojib Latif mit auf den Weg, um zu sensibilisieren für die Naturschätze, die sich unter der Wasserlinie finden und selbst in den tiefsten Regionen, dem Mariannengraben, fast elf Kilometer abwärts in völliger Dunkelheit, weiß er von biologisch sehr aktiven Zonen zu berichten. Seit 2003 ist er Professor am ehemaligen Institut für Meereskunde und heutigen Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel. Er veröffentlichte bereits zahlreiche Bücher über die Gefahren für das Klima und kritisierte im vergangenen Jahr Kanzlerin Merkel für ihre Untätigkeit in der Klimapolitik, wo der Autolobby nachgegeben wird, die Kohleverstromung zunimmt oder ein wirksamerer Emissionshandel in der EU verhindert wird.

Doch begonnen hatte Latif seine wissenschaftliche Laufbahn als Ozeanograph, wohin sein aktuelles Buch zurückführt. Mindestens ein Drittel, möglicherweise auch fünfzig Prozent der weltweiten Fischbestände, so schreibt er, sind dank modernster Fangmethoden überfischt oder zusammengebrochen. Nur zehn Prozent der Bestände gelten als ungefährdet. Heute lässt man bereits Netze bis in 2000 Meter hinab. Millionen Tonnen Jungfische und andere Meerestiere sterben als Beifang. So ist es nicht verwunderlich, dass in den vergangenen 15 Jahren der Fischfang in den EU-Staaten um 40 Prozent zurückging.

Schon ein Tropfen Öl genügt, um 600 Liter Trinkwasser zu verunreinigen. Doch nach der Explosion der Bohrplattform Deepwater Horizon gelangten schätzungsweise 800 Millionen Liter in den Golf von Mexiko. Nicht weniger Schaden richtete das Öl im Persischen Golf im ersten Golfkrieg 1990 an. 910 Millionen Liter traten aus. Aber auch die ganz normale Schifffahrt sorgt für reichlich Ölrückstände in den Ozeanen. So weiß man inzwischen, dass die giftigen Komponenten des Öls die Herzen von Fischen

irreparabel schädigen, und wahrscheinlich gilt dies nicht nur für sie. Schon nach dem Tankerunglück der Exxon Valdez hatte man bei vielen Fischen schwere Herzschäden beobachtet, wusste aber noch nicht, dass die Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffe dafür verantwortlich sind. Latif kritisiert, dass man hat keine Lehren aus der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko gezogen hat. So will Shell 2016 dort in drei Kilometer Tiefe Öl und Gas fördern.

Grob geschätzt zirkulieren in den Ozeanen bis zu 150 Millionen Tonnen Plastikabfall, so der Autor. 80 Prozent davon, gelangen über die Flüsse in die Meere. Der Magen eines verendeten Pottwal barg Gartenschläuche, Planen, Kleiderbügel - in der Summe 18 Kilo unverdauliche Plastikspeise. Jährlich verenden eine Million Seevögel und darüber hinaus hunderttausend Meeressäuger und Schildkröten durch diese Stoffe. Mit der Zeit zerfällt Plastik in immer kleinere Mikroteile, Umweltgifte wie DDT, PCB und andere docken an. So wird der künstliche Gries zum Transporter für diesen Cocktail, der mit den Fischen am Ende auf unseren Tellern landet. Um dies zu beenden, wird es vermutlich nicht reichen, Plastiktüten zu verbieten.

Wenn man von der Fischmahlzeit redet: Fast vergessen sind die hunderttausend Tonnen radioaktiver Abfälle, die vor den Küsten Europas in Fässern verklappt wurden, weltweit sind von solchen Altlasten zwischen 50 bis 100 Meeresgebiete betroffen. So entsorgte die ehemalige UdSSR nukleare Schiffsantriebe und strahlenden Müll östlich des Insel Nowaja Semlja. Das kontaminierte Meerwasser nach den japanischen Reaktorunfällen, breitete sich innerhalb von drei Jahren bis zur amerikanischen Westküste aus, erstreckte sich über den gesamten nördlichen Pazifik.

Das sind nur einige der Vorbelastungen, mit denen die Welt der Fische zu kämpfen hat und das Buch trägt nicht ohne Grund den Titel „Das Ende der Ozeane“. Kohlendioxid schließt nicht nur die Treibhausfenster der Atmosphäre, es löst sich auch in den Ozeanen, besonders gut in den polaren Regionen und schädigt dort u.a.

den Krill, Minikrebse, die weit vorn in der Nahrungskette stehen, außerdem Kaltwasserkorallen. Deren Kalkstrukturen könnten sich sogar gänzlich auflösen. Latif verweist darauf, dass die Meere schon heute um 30 Prozent saurer geworden sind. Viele Arten in der Erdgeschichte starben auf Grund von früheren Versauerungsprozessen aus. Immer wieder betont er die Gefahr von Massensterben im Ozean. Bricht die Nahrungskette durch die Versauerung weg, ist das einer der Prozesse dorthin. Die steigenden Meerestemperaturen werden überdies die Korallenriffe in den tropischen Meeren zerstören. In ihnen konzentriert sich jedoch das zweitartenreichste Refugium der Erde.

Über 90 Prozent der Erwärmung der letzten Jahrzehnte nahmen die Ozeane auf. Wärmere Meere nehmen weniger CO₂ auf, und die Atmosphäre wird weit mehr der Treibhausmoleküle zu verkraften haben. Seit 1900 ist der Meeresspiegel um 20 Zentimeter gestiegen. Im Schnitt erhöht er sich um gut drei Millimeter pro Jahr derzeit. Würde allerdings die Westantarktis und Grönland in Zukunft völlig abschmelzen, läge der Meeresspiegel um 13 Meter höher. Beträfe dies später auch den kilometerdicken Eispanzer der Ostantarktis, läge Dresden dicht an der Ostseeküste.

Der Klimaforscher Stefan Rahmstorf verweist in dem Internetportal Scilogs auf aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Frühjahr 2014, die belegen, ein zentraler Kipppunkt auf dem Weg zum Zerfall des Westantarktischen Eisschildes ist überschritten. Die Aufsetzlinie des Eispanzers auf dem Boden unter Wasser zieht sich um teils mehr als einen Kilometer pro Jahr zurück. In der Amundsen-See ist die Spitze einer Bodenerhebung überschritten, die als Barriere wirkte. Jetzt erfolgt der weitere Rückzug des Eises eigendynamisch und nicht durch Bodenreibung gebremst. Das gesamte Amundsenbecken, etwa so groß wie Frankreich, wird sich vom Eis entkalben und dies dürfte der Anfang vom Ende des Westantarktischen Eisschildes sein. Rahmstorf schätzt, dass damit drei Meter Meeresspiegelanstieg unwiderruflich gebucht sein dürften und der Untergang vieler Inseln und Küstenstädte, auch wenn es erhebliche Unsicherheiten gibt, wie schnell dies ablaufen wird und wie lange die Ostantarktis stabil bleibt.

Der von Stefan Rahmstorf und Katherine Richardson 2007 publizierte Band „Wie bedroht sind Die Ozeane?“ fokussiert sich auf biologische und physikalische Aspekte der Wasserwelten, die 71 Prozent unseres Planeten bedecken. Ebenso wie in Latifs aktuellem Buch wird der Leser Kapitel für Kapitel entlang der Ozeanforschung mit vielen Fakten auch jenseits der Gefährdungslage vertraut gemacht. Beide Veröffentlichungen ergänzen sich ungemein produktiv.

Latif verweist darauf, dass die globale Erwärmung auch den Sauerstoff in den Ozeanen schwinden lässt. 50 Prozent des Sauerstoffs der Lufthülle stammt insbesondere vom Phytoplankton, bei dem deutliche Rückgänge zu verzeichnen sind und das ihn erheblich produktiver herstellt als die Landpflanzen. Käme klimabedingt die thermohaline Zirkulation zum Erliegen, verlangsamten sich die großen umwälzenden Ströme in den Ozeanen. Der untere Teil der Ozeane würde zunehmend sauerstoffarm und damit völlig lebensfeindlich. Jetzt gewinnen aber Schwefelbakterien die Oberhand, die den organischen Schlamm abbauen, deren Abfallprodukt Schwefelwasserstoff stinkt wie faule Eier und ist stark giftig. Setzt sich dieser Prozess immer weiter fort, werden auch die oberen Schichten des Ozeans erfasst, und nach und nach dringt es in die Atmosphäre ein. Damit sind auch Massenaussterben an Land programmiert, die Ozonschicht würde zerstört. Der Autor erläutert, der Himmel dieser Zukunftserde würde grün sein und das Meer purpurrot. Ob so ein Szenario, wie es auch der Militäxperte Gwynne Dyer in „Schlachtfeld Erde“ entwirft, eintreten wird, muss einstweilen offen bleiben – vermutlich ist sicherer, dass Methanhydrate aus Permafrost und den Festlandsockeln der Ozeane, den Klimaumbruch stark beschleunigen werden. Es gibt viele komplexe ökologische Prozesse, so Latif, die wir bisher noch ungenügend durchschauen. Für die Zivilisation sieht die Prognose unterm Strich höchst ungünstig aus, solange Klimaschutz nur als Optimierung der bisherigen Produktions- und Lebensweise verstanden wird.

Mojib Latif: *„Das Ende der Ozeane. Warum wir ohne die Meere nicht überleben werden“*. Herder Verlag, Freiburg 2014. 319 S. geb., 22,99€

Impressum

Tarantel - Vierteljahreszeitschrift - der Ökologischen Plattform bei der LINKEN

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE ; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 15.2.2015

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider.

Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.5.2015

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung: kontakt@oekologische-plattform.de

Autorenangaben

Christfried Lenz, Frank Roßband, Hilde Hartmann, Manfred Wolf, Friedhelm Knipping-Petri und Marko Ferst sind Mitglieder der Ökologischen Plattform bzw. ihres Sprecherrates.

Bruno Kern ist Mitbegründer der Initiative Ökosozialismus.

Sylke Wegener ist ein Pseudonym. Die Autorin hat technische Kybernetik und Automatisierungstechnik studiert.

Rainer Gellermann ist Physiker, Träumer und Radioökologe (siehe auch Tarantel 67)

Bildnachweis

Titelbild: flickr: blu-news.org (CC BY-SA 2.0); bearbeitet: W. Borchardt

Seite 6: Christfried Lenz

S. 13: Mike Wright

S. 19: seegraswiese (Eigenes Werk) [CC BY-SA 3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons

Spenden

Liebe Leserinnen und Leser,

die Tarantel wird von vielen MitstreiterInnen in ehrenamtlicher Arbeit zusammengestellt und Euch vierteljährlich zur Verfügung gestellt. So soll es auch bleiben.

Für die anfallenden Kosten der logistischen Arbeit bitten wir Euch um Unterstützung mit einer Spende im Rahmen Eurer Möglichkeiten.

Der Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Euro-Überweisung

Nur für Überweisungen in Deutschland und in EU-/EWR-Staaten in Euro.
Bitte Meldepflicht gemäß Außenwirtschaftsverordnung beachten!

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Benefizienten: Name, Vorname/P. Name (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 25 Stellen)

Partei DIE LINKE

IBAN des Begünstigten (max. 34 Stellen)

DE38100900005000600000

BIC (SWIFT-Code) des Kreditinstituts des Begünstigten (8 oder 11 Stellen)

BEVODEBBXXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)

Ökologische Plattform - Spende

noch Verwendungszweck (Zusatzmax. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 25 Stellen)

Von: Kontonummer: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Stellen- oder Feldangaben)

IBAN

16

Datum, Unterschrift

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder http://www.oekologische-plattform.de

Bundesebene

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, 030_2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de
Mailverteiler (Newsletter): Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de
BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112 , Chemnitz, ts_09112@web.de
Bundestag
Eva Bulling-Schröter (Sprecherin für Energie und Klimaschutz), Tel. 030_22772485, Fax 030_22776485 , eva.bulling-schroeter.@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030_22772636, Fax 030_227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030_23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam , 01520_2875749 norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Bremen

Helmut Kersting, Helmut Kersting@die-linke-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Hessen

Hajo Zeller, DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf , Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg , hajo.zeller@die-linke-marburg.de , Tel. 06421163873
Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Sprecherin für Energie-, Verkehr- und Umweltpolitik), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel.09385_5252531
Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung) info@die-linke-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr._6, 31787 Hameln, Tel. 05151_409481, Hpborusso@aol.com

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollernring 99, 48145 Münster, Tel._0151_18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de
Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt-, energie-, sport-, verkehr- und wohnungsbaupolitische Sprecherin) Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891_35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341_9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE - ÖPF SA)

Marco Böhme, MdL, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067_Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel._0345_29418-63, (AG Umwelt)
Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, friedrich_bernd@t-online.de, Augrund 7, 24321 Lütjenburg
Hans-Jürgen Schulze, hajue.schulze@googlemail.com, Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen, MdL, Agrar- und Regionalpolitik), johanna@scheringer.de, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000

Maik Eisfeld maik_eisfeld65@yahoo.de

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361_3772317, kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, politik@nd-online.de
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin. Tel. 030_44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberaif

Tarantel

Nr. 68

Dezember
I/2015

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltverzeichnis

Editorial	2
In eigener Sache	3
Bericht von der Sitzung des Koordinierungsrates	3
Einschätzung der sieben Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit für DIE LINKE im Jahre 2015. Positionspapier	4
Aus den Ländern	6
Bürgerinitiative „Kein CO ₂ -Endlager Altmark“: CO ₂ -Verpressung bisher verhindert	6
Schwerpunkt: Ernährung	9
Treten Sie zurück	9
Fleisch tötet nicht nur die Tiere „Initiative Tierwohl“ - Schlachten zum Wohle der Tiere?	10
Billiges Hähnchen - globale Folgen	11
Gesellschaftsperspektive	13
Was erwarte ich von der Zukunftswache der LINKEN?	13
Ökosozialismus oder Barbarei — Thesen	15
Energie	17
Diskussionsbeitrag für eine gemeinsame Position der Energiewende-Akteure zum „Grünbuch Strommarktdesign“ und zur Vorbereitung des EEG 3	17
Abfall	19
Beuteldeutsche	19
Klima	22
Das Ende der Ozeane	22
Das Jing, das Jang, das Jahr, der Gang	22
Bücherecke	24
Grüne Lügen. Nichts für die Umwelt, alles fürs Geschäft - wie Politik und Wirtschaft die Welt zugrunde richten.	24
Ökologie und Landbau	25
Krisenkiller. Chancen einer klugen Wirtschaftspolitik	26
Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise.	26
Das Strompreiskomplott. Warum die Energiekosten wirklich steigen und wer dafür bezahlt.	27
Eine Reise durch die Ozeane - Werden die Wasserwelten von morgen ein Eldorado für Schwefelbakterien?	28
Impressum	30
Kontaktadressen	31